

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 228 · 20. JAHRGANG · AUSGABE 1/2014 VOM 14. JANUAR 2014 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Strategiediskussion**
Eberswalde 2030
Eberswalder Spielchen

7 | **Biosphäre unter Strom –**
Erdkabel statt Freileitung
Jahresrückblick 2013

12 | **Nach der Bundestagswahl:**
Ein Blick ins Grundgesetz
Vom »Außer Eigentum setzen«

Vollendete Tatsachen geschaffen



Am 23. Januar steht im Hauptausschuß der Stadt Eberswalde eine Beschlußvorlage zu den Außenanlagen der Grundschule Schwärzesees auf der Tagesordnung. Der Hauptausschuß soll die Ausführungsplanung genehmigen und den Bürgermeister ermächtigen, das Bauvorhaben entsprechend dieser Ausführungsplanung ausführen zu lassen.

Die Außenanlagen waren bisher nicht Bestandteil der Planungen, obwohl von den 1,8 Millionen Euro, die für das neue Schulgebäude der Schwärzeseeschule eingeplant sind, 100.000 Euro für die Gestaltung der Außenanlagen vorgehalten wurden.

Mit Schuljahresbeginn im August 2014 soll die Grundschule das neue Gebäude nutzen können. Die entsprechenden Planungen mit dem Baubeschluß für das Gebäude hat die Stadtverordnetenversammlung im Juni 2013 beschlossen. Die Planung der Freiflächen erfolgte aus »fördertechnischen« und terminlichen Gründen gesondert.

Inzwischen haben die Änderungen am inhaltlichen Konzept der Grundschule zu einem erhöhten Platzbedarf geführt, heißt es in der aktuellen Sachverhaltsdarstellung. Daher wird nun auch das Gelände der einstigen Albert-Einstein-Oberschule in die Freiflächengestaltung einbezogen. Dort soll im südlichen Bereich, wo einst das Schulgebäude stand, auch der neue Schulgarten und ein Bolzplatz entstehen. Insgesamt sind nunmehr 300.000 Euro für die Gestaltung der Außenanlagen der Grundschule vorgesehen.

Eine Beratung in den Fachausschüssen hielt die Stadtverwaltung aus unbekannten Gründen nicht für erforderlich. Zeit genug wäre gewesen. Die Vorlage trägt das Datum 17.12.2013. Genügend Vorlauf, um die Einladungsfristen sowohl für den Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt, der am 14. Januar tagt, und für den Ausschuß für Bildung, Jugend und Sport am 15. Januar einzuhalten.

Der eigentliche Skandal aber ist, daß zwei Wochen bevor der Hauptausschuß berät, vollendete Tatsachen geschaffen wurden.

Am 10. Januar hat eine externe Firma auf dem Gelände der ehemaligen Albert-Einstein-Oberschule am Zaun zur Brandenburger Allee mit der Rodung des Baumbestandes begonnen. Nach Aussage der Holzfäller kamen dort 19 Kiefern unter die Säge, um die Neugestaltung der Freiflächen vorzubereiten. Und selbstverständlich liege eine Genehmigung der zuständigen Behörde vor.

So ganz nebenbei wird hier der Charakter des Wohngebiets mit den dort typischen Kiefernwäldchen zerstört. Ohne daß dies zuvor öffentlich diskutiert wurde. Das stellt einen erheblichen Eingriff in das Stadtbild dar. Das hätte zumindest zuvor sowohl im Fachausschuß als auch im Ortsteil ausführlich diskutiert werden müssen.

Daß Bäume fallen, ist der Beschlußvorlage selbst im übrigen nicht einmal zu entnehmen. Lediglich aus der beigelegten Kostenaufstellung kann man das herauslesen. Dort ist insgesamt von 30 Bäumen die Rede, für deren Fällung »in Ausführung durch die Stadt« Kosten anfallen. Zwei mit einem Durchmesser zwischen 30 und 50 Zentimetern und 28 mit dem Durchmesser 15 bis 30 Zentimeter.

Auf dem Lageplan, der zur Beschlußvorlage gehört, ist zu erkennen, daß die jetzt gerodeten Bäume an der Brandenburger Allee nicht etwa irgendwelchen Spielflächen oder -geräten weichen müssen. Nein – genau an derselben Stelle sollen acht neue Bäume gepflanzt werden.

Das wird sicher auch einigen Hauptausschußmitgliedern auffallen, zumal sich daraus auch Kosten von etwa 6.400 Euro ergeben. Doch die Stadtverwaltung hat rechtzeitig vollendete Tatsachen geschaffen und auf die Beratung mit den Fachexperten in den Ausschüssen gleich von vornherein verzichtet. Immerhin gab es kurz vor der Fällaktion eine kurze Mitteilung an den zuständigen Ortsvorsteher. Allerdings ohne jegliche Hintergrundinformation, worum es genau geht.

Bemerkenswert ist auch, daß die Stadtverordnetenversammlung erst im Dezember ein Energie- und Klimaschutzkonzept beschlossen hat, einschließlich eines Aktionsplanes. Bestandteil dieses Aktionsplans ist ein »100-Bäume-Programm«, eine Selbstverpflichtung der Stadt, jedes Jahr mindestens 100 neue Bäume zu pflanzen. Hier werden nun erstmal 19 Bäume gefällt, um den Platz für 8 Neupflanzungen zu schaffen. Da ist die Einschätzung, daß das Klimaschutzkonzept nicht das Papier wert ist, auf dem es geschrieben steht, wohl nicht allzuweit hergeholt.

GERD MARKMANN

Herzliche Wünsche

Der Landrat des Landkreises Barnim, Herr Bodo Ihrke wünscht uns im Barnim Echo der Märkischen Oderzeitung von ganzem Herzen und im Namen der Kreisverwaltung ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2014.

Was kommt auf uns zu? Fragt er die lieben Barnimerinnen und Barnimer in in seiner Botschaft, um sogleich zu antworten: Hochwasser- oder Umweltkatastrophen, die Finanzkrise, enorme Flüchtlingsströme, eine weitere Zuwanderungswelle und sinkende Zuweisungen.

Um diese ungewöhnlichen Situationen auch zukünftig trotz mancher Unwegsamkeiten zu bewältigen, verweist er auf nicht näher benannte Maßnahmen der Kreisverwaltung, deren Erfolg recht gaben. Inmitten leerer Wünsche und überhöhter Wortschöpfungen zu Lasten schwacher, hilfloser Menschen findet man das Selbstverständnis der Kreisverwaltung Barnim. Erfolg in der Bewältigung von Maßnahmen gibt ihnen recht.

Um es klar zu sagen, unsere Heimat ist in wesentlichen Teilen das Werk von Flüchtlingen. Deshalb gehört die Integration von fremden Menschen hier seit langem zum Selbstverständnis vieler Menschen und zur Staatsräson. Aus Menschenliebe sowie aus historisch begründetem Selbstverständnis und handfesten wirtschaftlichen Gründen waren und sind Zuwanderer hier immer willkommen.

Diese einfache Feststellung bringt der Landrat nicht aus seiner Feder. Außerdem können Menschen weder in enormen Flüchtlingsströmen noch in weiteren Zuwanderungswellen vorkommen. Menschen sind individuell, gehen eigene Wege und haben unterschiedliche Bedürfnisse sowie Grundrechte, die sie einfordern können. Die Kreisverwaltung muß diese Rechte einhalten und durchsetzen. Nicht mehr und nicht weniger. Und wenn es geht ideenreich und herzlich.

Wir wünschen uns viele Zuwanderer und sollten ihnen die Ankunft und die Eingewöhnung erleichtern. Wir werden sie zukünftig brauchen und uns schon aus Eigennutz anstrengen. Außerdem haben wir ausreichend Platz und Aufgaben. Wir haben viele leer stehende Wohnungen und genug Arbeit zum Beispiel in der Pflege alter Menschen. Fremde Menschen bringen neue Ideen und die Auseinandersetzung mit ihren Bedürfnissen wird uns herausfordern. Auch die Kreisverwaltung Barnim kann uns dabei helfen.

In den diesjährigen Kommunalwahlen werden die Abgeordneten des Kreistages Barnim gewählt. Bitte nehmen Sie sich Zeit, gehen Sie zur Wahl und achten Sie auf ehrliche und herzliche Menschen. Schon an ihrer Sprache lassen diese sich erkennen. Anständige Abgeordnete können die Kreisverwaltung beauftragen und kontrollieren, damit fremde Menschen auch von dieser Seite herzlich willkommen sind.

Dr. MANFRED PFAFF, Altenhof

Schweyk zu den Aktivitäten der NSA

»Früher«, sagt der Schweyk, »als ich noch im k.u.k.-Militär gedient hab, da hams solche Ausspähaschinen nicht g'habt, aber unsere Dienste waren trotzdem in der Regel gut informiert, vor allem über das Treiben der eigenen Leut.

Da hat man halt mal den Beichtvater ins Gebet genommen oder sich in der vorösterlichen Zeit in der Nähe des Beichtstuhls aufgehalten und schon war man etwas besser im Bilde. Aber in dieser gottlosen Zeit, wo die Kirchengelbte kaum noch bekannt sind und nichts mehr gelten, da geht ja auch keiner mehr zur Beicht, da müssen sich die Dienste halt anders behelfen. Und schon hams den Schlamassel.

Ich hab auch einen Agenten gekannt, wo mit uns stundenlang hat im verrauchten Wirtshaus sitzen müssen, damit er hört, was so gesprochen wird, später am Abend, wenn der Durst

immer größer wird und die Reden lauter.

Da hat er die Ohren gespitzt und dann alles auf dem Abort notiert in sein kleines Bücherl, was er immer bei sich getragen hat. Solche Arbeitsplätze könnens heute keinem mehr zumuten, obwohl ja in den Kneipen jetzt auch nicht mehr geraucht werden darf. Das wär schon eine Erleichterung. Heutzutage hätten es die Agenten also etwas einfacher, aber sie ziehen es vor, mit informationstechnischen Mitteln uns nachzustellen. Meiner Seel, was die sich da alles so anhören und lesen müssen. Das ist kein schöner Job. Es sollen ja alles Studierende sein, die jetzt bei den Diensten Dienst nehmen. Früher waren das Zehngroschenbuben. So ändern sich die Zeiten. Meiner Seel. ...«

Aufgezeichnet und verbürgt
von HARTMUT LINDNER



Winterzeit ist Servicezeit, jedenfalls im Familiengarten, wo jetzt der TÜV die Standfestigkeit des großen Montagekrans überprüft, damit das Industrie-Wahrzeichen des Finowtals mit frischem Prüfsiegel in die Frühlingssaison starten kann.

Zwei neue Heime für Flüchtlinge

Zepernick/Oderberg (bbp). In diesem Jahr rechnet das Land Brandenburg mit einer erhöhten Zahl an Asylbewerbern. Die Zahl werde sich von 3.600 im Jahr 2013 auf etwa 4.400 erhöhen. Im Kreisausschuß am 16. Dezember wurde darüber informiert, wie im Barnim darauf reagiert wird.

Um die Aufnahmeverpflichtung des Landkreises zu erfüllen, werden derzeit zwei weitere Einrichtungen in Zepernick und Oderberg zur Unterbringung von Asylbewerber hergerichtet.

In Zepernick soll der ehemalige Alte Dorfkrug als Übergangsheim genutzt werden. Hier stehen insgesamt zehn Zimmer im Erd- und Obergeschoß, eine geräumige Küche im Erdgeschoß und zwei Bäder zur Unterbringung von 20 Flüchtlingen zur Verfügung. Die Einrichtung wird vom Landkreis als Außenstelle des Übergangswohnheims Wandlitz betrieben.

Am 9. Dezember wurde das Vorhaben auf einer Einwohnerversammlung den Zepernickern

vorgestellt. Auf der sehr gut besuchten Versammlung in der Mensa der Gesamtschule in dem Panketaler Ortsteil nahmen die Einwohner die Möglichkeit wahr, ihre Bedenken und Sorgen mitzuteilen. Die überwiegende Mehrheit der Anwesenden sieht das Vorhaben positiv. Auch unter dem Eindruck der Erfahrungen in Wandlitz wurden erste Verabredungen zur Unterstützung der Einrichtung getroffen.

In Oderberg hat das Evangelische Jugend- und Fürsorgewerk (EJF) am Platz der Einheit insgesamt zehn bisher leerstehende Wohnungen angemietet. Das EJF ist ein etablierter Anbieter sozialer Leistungen, der u.a. im Landkreis den Landhof Liepe betreibt. Die Wohnungen werden zu einem Wohnverbund zusammengefaßt, der dreißig Flüchtlingen Platz bietet. Als Betreiber des Wohnverbundes wird das Evangelische Jugend- und Fürsorgewerk für die Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber verantwortlich sein.

Eberswalder Spielchen

Spiele brauchen Spielregeln. Auch Demokratie braucht Spielregeln. Am besten, man findet seine eigenen Spielregeln, dann wird Demokratie spielerisch leicht. Eberswalde sucht seine Zukunft. Es geht um die Strategie bis 2030.

Am 13. November 2013 hatte die Stadtverwaltung zu einem Stadtforum Eberswalde 2030 eingeladen, um mit den Einwohnerinnen und Einwohnern erneut in einen öffentlichen Dialog treten. Zu Vorstellungen und Ablauf des Stadtforums Eberswalde 2030 informierte Baudezernentin Anne Fellner am 5. November die Presse: *»Es geht darum, Zukunft für Eberswalde gemeinsam zu gestalten. Wir wollen beim Stadtforum Projektideen entwickeln und erwarten, daß dafür auch zahlreiche Vorschläge eingehen werden. Nur so können wir unser Stadtentwicklungskonzept fortschreiben und Eberswalde fit machen für die Herausforderungen der kommenden Jahre.«* Das Stadtforum solle an die konstruktive und kreative Diskussion anschließen, die im Vorjahr unter dem Titel *»Übermorgen Eberswalde«* lief. Allerdings lag von dieser Veranstaltung keinerlei Material vor, das der weiteren Arbeit zugrunde gelegt werden kann.

Hat das Stadtforum am 13. November gehalten, was man sich davon versprochen hat?

So konstruktiv und kreativ wie angekündigt war es dann doch nicht. Zwar wurden viele Vorschläge gemacht, aber diskutiert wurden diese nicht. Die Verwaltung wollte in einem sogenannten *»World-Café«* mit den Erschienenen Ansätze und Ideen zu den Themen erörtern, die sie vorgegeben hatte. Zu jedem Thema konnten an einem der zehn Tische Vorschläge unterbreitet werden.

Die zehn Themen entsprechen den strategischen Leitlinien des aktuellen Leitbildentwurfs *»Gut Leben in Eberswalde«*, *»Gute Arbeit, gutes Auskommen«*, *»Fürs Leben lernen«*, *»Kommen und bleiben«*, *»Perspektive StadtRegion«*, *»Viele Orte – eine Stadt«*, *»Erlebnis Finowkanal«*, *»Nachhaltig in die Zukunft«*, *»Eberswalde für alle«* und *»Gute Nachricht Eberswalde«*.

Damit hatte die Stadtverwaltung schonmal eine einschränkende Grobgliederung für ihr Zukunftskonzept vorgegeben. Am Tisch waren nur die Vorschläge zum jeweiligen Thema gefragt. Der Gesamtzusammenhang geriet aus dem Blickfeld. Vorschläge mit übergreifenden Wirkungen und übergeordneter Bedeutung konnten eher nicht plazierte werden. In der verfügbaren Zeit (ca. 45 Minuten) fanden die Teilnehmer an den Tischen kaum Zeit, ihre Vorschläge zu äußern und zu erläutern. Eine Debatte am Tisch war nicht möglich.

Was bringt ein sogenanntes *»World Café«*?

»Wenn die wirklich optimalen Voraussetzungen geschaffen werden, dann kann erheblich mehr geschehen, als daß 'einfach nur' Ideen ausgetauscht und gesammelt werden. Dann hilft ein World Café einer Gruppe, wahrhaftig 'zusammen zu denken', neue Einsichten zu generieren, tiefere Fragen zu finden, unerwartete Möglichkeiten zu sehen und kraftvolles Handeln anzuregen. Dann kann diese

Methode ein verblüffender und großer Hebel für Veränderung sein.« (aus <http://www.all-in-one-spirit.de/sem/seminarWC.htm>).

Das Eberswalder World Café blieb eine reine Ideensammlung. Insgesamt wurden 85 Vorschläge aufgelistet und von den Gesprächsleitern an den Tischen allen Forumsteilnehmern zur Kenntnis gegeben. Eine Debatte darüber wurde auf das folgende Stadtforum am 9. Dezember verschoben.

Aber auch dort fand der versprochene *»öffentliche Dialog«* nicht statt.

Das zweite Stadtforum war vor allem eine Show der Stadtverwaltung über ihre Demokratievorstellungen. Einleitend begrüßte der Bürgermeister mit salbungsvollen Worten die Anwesenden und rühmte die Tatsache, daß Bürger im ersten Stadtforum 85 Vorschläge machten. Dann warfen sich Bürgermeister und Baudezernentin in einem Frage-Antwort-Spiel gegenseitig die Bälle zu, wie demokratisch es in der Stadt zugehe. Man hatte sich auch Gäste eingeladen, die sich zu den Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung äußerten (Herr Richter von fit und fun Eberswalde und Frau Professor Dr. Enzenhofer von der Bürgerstiftung Barnim Uckermark). Sogar an den kulturellen Rahmen hatte man gedacht. Ein Solotrompeter der Musikschule erfreute die Anwesenden zwischen den Ausführungen zu den Themenkomplexen.

Danach wurden die Anwesenden aufgefordert, die 85 Vorschläge des ersten Stadtforums zu bewerten und ihre fünf Punkte an ihre jeweiligen Favoriten vergeben. Wer erwartet hatte, daß über die eingereichten Vorschläge debattiert würde (worauf sich die Stadtverwaltung angeblich so freute), wurde enttäuscht. Vielmehr wurde ohne Debatte über die Priorität der Vorschläge abgestimmt.

Zehn prioritäre Vorschläge sollen nun Eingang in das Stadtentwicklungskonzept *»Strategie Eberswalde 2030«* finden, das im ersten Quartal 2014 den politischen Entscheidungsträgern der Stadt vorgelegt wird.

Mit diesen mageren, mehr oder weniger zufälligen und nicht demokratisch beratenen Vorschlägen kann man das Stadtentwicklungskonzept nicht fortschreiben und Eberswalde fit für die Herausforderungen der kommenden Jahre machen, wie es die Intension der Baudezernentin Anne Fellner ist. Diese Vorgehensweise zeugt von einem zumindest sehr eigenartigen Demokratieverständnis.

Eine Überraschung der besonderen Art gab es dann dennoch. Sicher hatte niemand damit gerechnet, daß der Vorschlag zur Wiedergründung von Stadtwerken bei der Prioritätensetzung durch die Bürger auf Platz 3 landete. Das blieb allerdings folgenlos (siehe Seite 11).

ALBRECHT TRILLER

Eberswalde im Neuen Jahr

Der Winter, so hat es den Anschein, will in diesem Jahr mal eine Ruhepause einlegen, nachdem er sich vorher so verausgabt hat. Auch gut. Dann muß die Stadt keine großen Kampagnen zum Frühjahrsputz machen, denn es ist sowieso alles sauber und die meisten Leute können, wie gewohnt, zu Hause bleiben.

Die Autofahrer haben ein paar hübsche Straßen mehr bekommen, an denen sie ihre CO₂-Schleudern lückengenau zu 95 % der Lebensdauer stilllegen können. Die Eisenbahnstraße bekommt eine Ampelanlage mehr, der man wünschen möge, auch für Fußgänger und Radfahrer zu funktionieren.

Man muß sich wirklich fragen, wieviel Geld für Kultur-Events in der Stadtmitte ausgegeben wird, für die regelmäßige Bespaßung trink- und dezibelfester Besucher, während in den Ortsteilen immer noch ruinenhafte Zustände andauern. Z.B. das alte MEW-Gebäude. Was tut sich dort? Dort soll ein Supermarkt hin? Es tut sich nichts. Und die Versorgung der Westender steht weiterhin auf wackeligen Beinen.

Oder im Brandenburgischen Viertel. Für dieses große Wohngebiet wird kaum Grünpflege eingeplant. »Zurück zur Natur« stellen sich manche Leute anders vor. Auch die Finower haben mehr Aufmerksamkeit verdient. Man kann es keinen alten Menschen zumuten, für Dinge des täglichen Bedarfs acht Kilometer bis zum Eberswalder Marktplatz fahren zu müssen. Da gibt es dringend Handlungsbedarf.

Dem neuen Bürgerzentrum in der Puschkinstraße sei gewünscht, daß es gut von den Eberswaldern angenommen wird. Für das festliche Tamtam wird sicher gesorgt werden, incl. dem Zerschneiden des x-ten schwarz-weiß-grünen Bandes. Gibt es dafür mittlerweile eine Goldene Schere im Rathaus? Und wenn ja, aus welchem Etat finanziert?

Auch dem Eberswalder Zoo respektive Tierpark sei ein besserer Start ins Neue Jahr gewünscht, denn letztes Ostern war so bitter kalt und schneebedeckt, daß sich keine Berliner und Szczeciner durch den Barnimer Wald zu unseren Wildschweinen traute. Aber in den Zoo kann man zu jeder Jahreszeit! In unser städtisches Juwel, dem überregionalen Aushängeschild der Hochschulstadt Eberswalde.

Ach ja, und natürlich die HNEE! Junge Menschen aus der ganzen Bundesrepublik reifen hier zwischen Finowkanal und Barnimer Endmoräne, zwischen Üdersee und Schiffshebewerk zu fragten Fachkräften heran. Die öffentliche Wahrnehmung der Hochschule und natürlich der Studenten kommt noch viel zu kurz. Hier gibt es noch Potential!

Aber auch die Menschen am Rande dürfen nicht vergessen werden: die Ausgesonderten, die Behinderten, die Kranken und die Verfolgten. Sie alle verdienen eine menschenwürdige Behandlung und eine Existenzsicherung. Das ist eine noch wichtigere Aufgabe der Kommune als teure Straßen und laute Feste.

JÜRGEN GRAMZOW

Geld für Schulsozialarbeit

Eberswalde (bbp). In der Stadt Eberswalde wird noch immer über die Schulsozialarbeit diskutiert. Den Vorschlag der Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler (DL/AfW), jede der städtischen Grundschulen mit mindestens einer Vollzeitstelle für Schulsozialarbeit auszustatten, hatten die Stadtverordneten im Dezember mehrheitlich abgelehnt.

Die Einreicherfraktion Die Linke/Allianz freier Wähler hatte eine namentliche Abstimmung beantragt.

Für die Vorlage stimmten die drei Mitglieder der Einreicherfraktion Dr. Günther Spangenberg, Carsten Zinn und Gerd Markmann. Mit Stimmenthaltung votierten: Volker Passoke (DIE LINKE), Monique Schostan (CDU), Albrecht Triller (Bündnis für ein demokratisches Eberswalde) und Andreas Wutskowski (Freie Wähler). Gegen die Vorlage stimmten die anderen 26 Anwesenden einschließlich des Bürgermeisters. Vier Stadtverordnete fehlten.

Statt dessen soll bis März eine externe Arbeitsgruppe herausfinden, ob und wieviel Schulsozialarbeit überhaupt notwendig ist. Massiver Widerstand gegen den DL/AfW-Vorschlag kam vor allem vom städtischen Finanzdezernenten Bellay Gatzlaff. Dabei gab es durchaus Konsens zwischen Gatzlaff und der Einreicherfraktion, daß die finanzielle Verantwortung für Schulsozialarbeit insbesondere beim Landkreis liegt.

Darauf, daß es auf der Ebene der Landkreise durchaus finanzielle Reserven gibt, die für die Schulsozialarbeit Verwendung finden können, wies kürzlich der CDU-Bundestagsabgeordnete Jens Koeppen hin. So seien beispielsweise die Bundesgelder aus dem Programm Bildung und Teilhabe für 2012 vielerorts nicht ausgeschöpft worden. Der Landkreis Dahme-Spreewald hat vor Weihnachten entschieden, 70 Prozent davon zur Finanzierung von Schulsozialarbeiterstellen auszugeben. Koeppen, der im September das Bundestagsdirektmandat im Wahlkreis Uckermark/Oberbarnim holte, kritisierte vor allem, daß der Landkreis Uckermark nicht so mutig sei. Hier will man 2014 ein Drittel der unverbrauchten Gelder für Musikschulen, Sport und Jugendfeuerwehren ausgeben. Der CDU-Antrag, diesen Betrag zu verdoppeln, sei an einer Mehrheit aus SPD und LINKEN im uckermärkischen Kreistag gescheitert.

Wie viele Mittel aus dem »Bildungs- und Teilhabepaket« im Landkreis Barnim ungenutzt blieben, ist nicht bekannt. Carsten Zinn, stellvertretender Vorsitzender der DL/AfW-Fraktion und deren Vertreter im städtischen Ausschuß für Bildung, Jugend und Sport, sagte gegenüber der BBP-Redaktion, daß es »sehr hilfreich gewesen wäre, wenn Dezernent Gatzlaff einen Teil der Kraft und Energie, mit der er unseren Schulsozialarbeiter-Vorschlag bekämpfte, in Richtung Landratsamt entfaltet hätte, um nach machbaren Lösungen zur Finanzierung der Vollzeitstellen in der Schulsozialarbeit an den städtischen Grundschulen in Eberswalde zu suchen«.

Schulsozialarbeit für jede Schule

Die Bedeutung von Schulsozialarbeit hat im Zusammenhang mit der Gestaltung von Ganztagschulen, aber auch durch den wachsenden Bedarf nach einem Aufwachen in öffentlicher Verantwortung deutlich zugenommen. Darum muß sie an jeder Schule stattfinden.

Schulsozialarbeit hat sich als wirkungsvolles und vielfältiges Instrument erwiesen, um unterschiedlichsten Schwierigkeiten von Kindern und Jugendlichen frühzeitig zu begegnen. Demgegenüber steht, daß nicht einmal in jeder zehnten Schule heute Schulsozialarbeit zur Verfügung steht. Zudem ist sie nach wie vor rechtlich nicht genügend abgesichert. Hinzu kommt, daß in Debatten um das Bildungs- und Teilhabepaket, über das in den letzten Jahren eine Bundesfinanzierung von Schulsozialarbeit ermöglicht wurde, viel zu oft der Eindruck aufkam, der Einsatz von Schulsozialarbeitern allein könne alle Fehlstellen des deutschen Bildungssystems beheben.

Schulsozialarbeit zu einer gesamtgesellschaftlich wirkenden Feuerwehr zu machen, überfordert aber nicht nur Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter, es blendet auch aus, daß an vielen anderen Punkten Reformbe-

darf besteht. Eine moderne Schule soll ein Lernort sein, an dem Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter, aber auch Schulpsychologen und andere Fachkräfte zusammenwirken.

Es kommt darum darauf an, Schulsozialarbeit zu einem Bestandteil der Kinder- und Jugendhilfe als verlässliche Struktur mit verbindlichen Rahmenbedingungen zu machen. DIE LINKE kämpft daher um eine dauerhafte Ausfinanzierung von Schulsozialarbeit durch Bund, Länder und Kommunen und für eine bisher fehlende rechtliche Verbindlichkeit schulbezogener Sozialarbeit im Kinder- und Jugendhilferecht.

Im Koalitionsvertrag von Union und SPD findet sich zu Schulsozialarbeit kein Wort. Keine Rede von einem weiteren Ausbau der Ganztagschullandschaft. Und auch die Zukunft des Bildungs- und Teilhabepakets liegt im Dunkeln. Um die Sozialarbeit auch an allen Schulen in Brandenburg zu sichern, fordere ich diesbezüglich die märkische SPD auf, in sofortige Nachverhandlungen mit ihrem künftigen Koalitionspartner auf Bundesebene zu treten.

DIANA GOLZE, stellvertretende Landesvorsitzende der LINKEN in Brandenburg

Salzstreuen wird legitimiert

Eberswalde (bbp). »Wir sind gut gerüstet. Der Winter kann kommen«, wird die Leiterin des Eberswalder Bauhofs, Katrin Heidenfelder, in einer Pressemitteilung der Eberswalder Stadtverwaltung zitiert. Insgesamt hat der Bauhof 660 Tonnen Salz, Kies und Split gebunkert – mehr als im Vorjahr. Darüber hinaus wurde für

fast 200.000 Euro ein neues Streufahrzeug angeschafft. Damit verfügt die Stadt nun über fünf Streu- und Räumfahrzeuge sowie sechs Kleintraktoren und Kehrmaschinen, die in den Wintermonaten von den 47 Einsatzkräften im 2-Schicht-System von 4 Uhr früh bis 20.30 Uhr bedient werden können. Die neuen Streufahrzeuge erlauben durch den Einsatz von Sole das Einsparen von 25 Prozent Salz, heißt es in der Mitteilung.

In der Stadtverordnetenversammlung stand im Dezember eine Änderung der Straßenreinigungssatzung auf der Tagesordnung. Bisher hieß es: »Die Verwendung von Salz oder sonstigen auftauenden Mitteln auf Fahrbahnen und Gehwegen« darf nur in besonderen Situationen wie z.B. Blitzeis und an besonders gefährlichen Stellen erfolgen.

Künftig heißt es nur noch »... auf Gehwegen«. Begründet wird das damit, daß es derzeit nichts gebe, was an Wirksamkeit und Kosten mit dem Salzeinsatz vergleichbar wäre. Wobei in der Kostenrechnung selbstverständlich die Folgen für die Umwelt, insbesondere die Straßenbäume, und für die Haltbarkeit der mit Salz in Berührung kommenden Fahrzeuge nicht einbezogen wurden.

Die Änderungssatzung wurde mehrheitlich angenommen. Vier Gegenstimmen kamen von Andreas Fennert und Prof. Johannes Creutziger (beide Bündnis 90/Grüne), Albrecht Triller (Bündnis für ein demokratisches Eberswalde) und Gerd Markmann (Die Linke/Allianz freier Wähler). Es gab fünf Enthaltungen.



In der Diskussion zur Änderung der Straßenreinigungssatzung wandte sich Wolfgang Sachse (DIE LINKE) gegen Argumente von Albrecht Triller (Bündnis für ein demokratisches Eberswalde). Er sagte: »Niemand wird auf den Gedanken kommen, in der Erich-Weinert-Straße auftauende Salze auf unbefestigten Fahrbahnen einzusetzen.« Albrecht Triller, der in besagter Straße wohnt, besitzt allerdings Fotos (Aufnahmedatum: 13. Januar 2013), die das Gegenteil dokumentieren. Er meinte dazu nur lapidar, daß dazu jeder weitere Kommentar überflüssig sei.

Unser Finowkanal – Gestern. Heute. Morgen?

Am 27. Januar stellt sich die Initiative Unser Finowkanal e.V.i.G. im Plenarsaal des Paul-Wunderlich-Hauses in Eberswalde der Öffentlichkeit vor. Die Veranstaltung beginnt um 18 Uhr.

Auf Grund des schnell wachsenden öffentlichen Interesses erfolgte am 3. Dezember die Gründung als gemeinnütziger Verein »Unser Finowkanal e.V.(i.G.)«. Schon jetzt gehört eine stattliche Anzahl von Privatleuten, Bootstouristen aus Nah und Fern, Unternehmern, Vereinen und Inhabern öffentlicher Ämter zu den Mitgliedern und Unterstützern. Wir sehen, wie viele vor uns, in der Finowkanalregion eine einzigartige naturnahe und zugleich mit zahlreichen landseitigen Attraktionen versehene Wassertourismusregion, die – angebunden an die großen WIN- und andere touristische Wasserveien – zwischen Liebenwalde und Hohensaaten einschließlich Werbellinsee und Werbellinsee ein eigenständiges Revier darstellt, dessen Erschließung noch auf das passende Startsignal wartet.

Mit unseren Aktivitäten und unserem Netzwerk wollen wir diejenigen Akteure in der Region unterstützen, die wie wir von einer die gesamte Region einschließenden wassertouristisch-wirtschaftlichen Entwicklungschance überzeugt sind.

Recht erfolgreich gestalten sich unsere »Finowkanal-Geschichten-Wanderungen«, die wir bisher zu den Themen Messingwerk, Wasserbau und Holzwirtschaft durchgeführt haben. Wir sprechen mit Schulen über Projekte zur Bewahrung der mündlichen Überlieferung und motivieren Interessenten zur Wiederaufnahme eines regulären Passagierverkehrs entlang des gesamten Finowtals. Wir befürworten die Einrichtung einer Europäischen Route der Indu-

striekultur und sehen durchaus langfristige Perspektiven für die Anerkennung des Finowtals oder einzelner Bauwerke als UNESCO-Welterbestätte. Durch unsere Kontakte im europäischen Ausland sind wir schon jetzt an einen europaweiten Verbund von Wassertourismusregionen angedockt und wollen hierdurch eine überregionale Wahrnehmung der Region zu erreichen helfen.

Wir sind nicht so naiv zu glauben, daß wir lediglich mit einer Forderung an die Politik die für die Stabilisierung und weitere Erschließung der Region erforderlichen Mittel herbeireden könnten. Wir wissen, daß die Finanzen knapper und die Auswahlkriterien schärfer gefaßt sind als noch vor wenigen Jahren. Dennoch glauben wir fest daran, daß unsere Region diese Anstrengung verdient und erkennen aus unseren Aktionen, daß nicht nur wir, sondern auch die Öffentlichkeit sich hierfür begeistern läßt.

Unser Symposium kommt also nicht mit Forderungen daher. Stattdessen wollen wir aufzeigen, worin wir die Chancen sehen. Wir halten es für wünschenswert, daß die Anrainerkommunen des Finowkanals als Gemeinschaft handeln und daß die gesamte Finowkanalregion alles daran setzt, auch nach außen hin als attraktive und hochwertige Wassertourismusregion Anerkennung zu finden. Wir möchten mit Ihnen gemeinsam nach Lösungen suchen, wie diese Vision für unseren Finowkanal Wirklichkeit werden kann. Hierzu gehört nicht zuletzt die gemeinsame Suche nach Mitteln und Wegen, möglichst viele der historischen Industriebauten zu erhalten und erlebbar zu machen, sowie der Wunsch, die Industriegeschichte der Region eines Tages in einem zentralen Museum der Industriegeschichte mit zahlreichen Erleb-

nis-Außenstellen darzustellen und für die nachfolgenden Generationen zu erhalten.

Mit der Schiffbarkeit des Langen Trödel werden noch mehr Touristen als bisher den Finowkanal befahren. Kein Ort am Finowkanal bietet mehr Erlebnispotential als Eberswalde mit seiner Vielzahl historischer Bauwerke aus der Pionierzeit der deutschen Industrialisierung.

Wir stehen für ein konstruktives Miteinander und reichen allen denjenigen die Hand, die gemeinsam mit anpacken wollen, um unserer Region die verdiente wirtschaftliche Entwicklungschance zukommen zu lassen. Das Programm zum Symposium sieht verschiedene Referate vor; unter anderem hat der ERIH-Koordinator für Deutschland, Herr Klenner vom NRW-Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr ein Referat über die Europäischen Routen der Industriekultur zugesagt; Frau Fellner wird über die Position der Stadt Eberswalde zum Finowkanal berichten, und ich stelle die Ergebnisse meiner Erkundungsreise nach Ironbridge, Birmingham und Warwick vor.

Prof. HARTMUT GINNOW-MERKERT,
Vorsitzender Unser Finowkanal e.V.i.G.



Sprachklassenverschiebung

Eberswalde (bbp). Kinder mit Sprachschwierigkeiten werden derzeit in der Bruno-H.-Bürgel-Grundschule unterrichtet. Mit dem Umzug der Grundschule Schwärzensee in das Gebäude des ehemaligen Oberstufenzentrums und der damit zusammenhängenden inhaltlichen Profilierung sollen die Sprachklassen ins Brandenburgische Viertel wechseln. Hintergrund sind auch die beengten Räumlichkeiten der Bürgel-Schule. Für den Hort fehlen Räume. Daher müssen die Kinder jeden Tag bis zur einstigen Realschule neben der Post laufen.

Die Schulleiterin der Bürgel-Schule Petra Eilitz zeigt verständlicherweise wenig Begeisterung für den Wechsel, während Anke Billing von der Schwärzeseeschule meint, daß die Aufnahme der Sprachklassen sehr gut in das künftige Schulprofil passen werde. Nach Intervention von Monique Schostan (CDU) und Carsten Zinn (DL/AfW) haben beide Schulleiterinnen am 15. Januar Gelegenheit, ihre Argu-

mente im städtischen Ausschuß für Bildung, Jugend und Sport (ABJS) vorzubringen, bevor dort im Februar über die entsprechende Beschlusvorlage diskutiert wird.

Neben dem ABJS tagen im Januar nur noch der Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt (ABPU) und der Hauptausschuß. Bei den anderen Gremien einschließlich der Stadtverordnetenversammlung bestand nach Auffassung der Verwaltung und der jeweiligen Gremienvorsitzenden »kein Bedarf«.

Der ABJS tagt im Januar, weil er über die Besetzung einer externen Expertengruppe zu entscheiden hat, die »den Bedarf nach Schulsozialarbeitern an den städtischen Grundschulen durch eine qualifizierte Bedarfsanalyse« ermitteln soll. Dies hatten die Stadtverordneten im Dezember beschlossen. Der Schulsozialarbeiterantrag der Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler (DL/AfW), die den Bedarf als gegeben ansieht, war zuvor mehrheitlich abgelehnt worden.

Ein Jugendrichter zieht Bilanz

Freitag, 17. Januar, 19 Uhr

Lesung mit Andreas Müller

Prätorius-Gymnasium

Lohmühlenstraße 26, 16321 Bernau

Es kostet einen kleinen Eintritt.

Der Bernauer Jugendrichter rechnet mit fehlendem Verantwortungsbewußtsein in der Gesellschaft ab.

Wanderplan kostenfrei

Der aktuelle Veranstaltungsplan mit der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. für die Monate Januar bis März 2013 hält wieder zahlreiche geführte Wanderungen und kulturelle Veranstaltungen bereit. Der Plan liegt bei den Tourist-Informationen Bad Freienwalde, Eberswalde, Strausberg, Bernau, Biesenthal, Angermünde und Schwedt und im Binnenschiffahrtsmuseum in Oderberg für Interessenten kostenlos bereit.

Es ist auch eine kostenfreie Zusendung der Veranstaltungsübersicht möglich. Einfach unter 03344/333200 kostenlos bestellen. Im Internet ist der aktuelle Plan ausführlich unter www.berg-frei.de abrufbar.

BERND MÜLLER

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

Hilfe für Flüchtlinge

Eberswalde (bbp). Bisher haben die Einwohnerinnen und Einwohner drei Fahrräder und einen Schlitten für die Kinder der Asylbewerber gespendet, die seit Herbst vergangenen Jahres in unserem Kiez wohnen. Organisiert wurde diese Aktion vom Runden Tisch »Willkommen in Eberswalde«. Außerdem meldeten sich sechs Übersetzer für Englisch, Spanisch, Russisch und Serbokroatisch, die bei der Verständigung mit den Flüchtlingen helfen wollen.

Eigenständiger Ortsteil

Eberswalde/Werneuchen (bbp). Die Neugliederung der Ortsteile war in jüngster Zeit nicht nur in der Stadt Eberswalde ein Thema. Dort hatte die Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler (DL/AfW) vorgeschlagen, die anstehende Hauptsatzungsänderung zu nutzen, um Nägel mit Köpfen zu machen und die Ortsteilstrukturen an die historisch gewachsenen Stadtteilgrenzen anzupassen. Davon wollten die Stadtverwaltung und die Mehrheit der Stadtverordneten allerdings nichts wissen. Der DL/AfW-Vorstoß fand nur bei den drei Mitgliedern der Einreicherfraktion Zustimmung und bei 5 Enthaltungen eine mehrheitliche Ablehnung bei den restlichen Stadtverordneten (BBP 12/2013).

In den Eberswalder Stadtteilen, die zu größeren Ortsteilen gehören, haben sich bislang kaum Initiativen entwickelt, die von der Basis her eine stärkere kommunalpolitische Wichtung ihrer Wohngebiete einfordern. Zuweilen existieren eigene Strukturen, wie bei der Siedlergemeinschaft der Clara-Zetkin-Siedlung, die einen eigenen Ortsteil mit offizieller Ortsteilvertretung als verzichtbar erscheinen lassen.

In Werneuchen liegt die Sache anders. Dort hat die Stadtverordnetenversammlung auf ihrer Dezembersitzung entschieden, daß die Stadt künftig in acht statt bisher sieben Ortsteile gegliedert wird. Der Ortsteil Seefeld-Löhme wird ab der nächsten Kommunalwahl im Mai 2014 in zwei Ortsteile aufgegliedert.

Die Gemeinden Löhme und Seefeld hatte sich im Zuge der ersten Gemeindegebietsreform Anfang der 1990er Jahre zusammengeschlossen. Im Rahmen der zweiten Fusionswelle wurde Seefeld-Löhme im Jahr 2003 zum Ortsteil der Stadt Werneuchen. So richtig warm miteinander wurden die Bewohner der beiden Dörfer, zwischen denen nur eine halber Kilometer und der Seefeld-Löhmer Haussee liegt, während der ganzen Zeit nicht. Die Initiative für einen eigenen Ortsteil ging von den Löhmern aus. Von den 317 wahlberechtigten Löhmern unterschrieben 214 eine Liste mit der Forderung nach einem eigenen Ortsteil.

Die Werneuchener Stadtverordneten folgten diesem Bürgervotum einstimmig. Lediglich Bürgermeister Burkhardt Horn (DIE LINKE), der dem gesamten Ort und allen seinen Ortsteilen verpflichtet ist, enthielt sich der Stimme.

Regionalplan nicht vor 2015

Eberswalde (bbp). Am 2. Dezember 2013 tagte die Regionalversammlung Barnim-Uckermark. Im Mittelpunkt der Diskussion steht derzeit der »Teilplan Wind«, der sich in drei Phasen gliedert. Zunächst ist zu klären, wie die Windplanung erfolgen soll. Mit Beschluß der Regionalversammlung wurden alle geplanten Windgebiete anhand vorgegebener Kriterien ausgewählt.

Ab Frühjahr 2014 wird mit der öffentlichen Auslegung begonnen. Dort können Anregungen von Bürgern, Bürgermeistern und Institutionen eingereicht werden. Danach erfolgt das Abwägungsverfahren sowie der endgültige Beschluß des Regionalplanes, welcher dann durch das Land Brandenburg zu genehmigen ist. Es wird nicht vor 2015 mit einem verbindlichen Regionalplan gerechnet.

Keine EU-Höchstförderung mehr

Eberswalde (bbp). Mit dem Jahr 2014 beginnt eine neue EU-Förderperiode, die bis 2020 reicht. Allerdings ist mit dem Start der konkreten Förderprogramme kaum vor dem 1. Januar 2015 zu rechnen, denn zunächst müssen die für die einzelnen Fonds notwendigen Verordnungen durch die Europäische Kommission verabschiedet werden. Daran anschließend ist es notwendig, daß auch die operationellen Programme des Bundes und der Länder durch die Kommission bestätigt werden.

Damit ist nicht vor Mitte 2014 zu rechnen. Bereits jetzt steht fest, daß das Land Branden-

burg künftig nicht mehr zum Höchstfördergebiet gehören wird. Das bedeutet, daß die Mittel für die Förderperiode 2014-2020 gegenüber der vorangegangenen Förderperiode deutlich geringer ausfallen.

Genaue Zahlen für die einzelnen Bundesländer stehen derzeit noch nicht fest, da der Abstimmungsprozeß dazu noch nicht abgeschlossen ist. Betroffen von dem verzögerten Beginn der neuen Förderperiode sind u.a. die Bereiche der Förderung der gewerblichen Wirtschaft, der Stadtentwicklung und der ländlichen Entwicklung.

Lösungen für Schulsozialarbeit

Eberswalde (bbp). Der Barnimer Landrat Bodo Ihrke ist der Auffassung, »daß Schulsozialarbeiter nicht von Projekten finanziert werden sollen«. Damit reagierte der Landrat auf die Feststellung von Carsten Zinn (Eberswalder Stadtverordneter und Ortsvorsteher im Brandenburgischen Viertel) in der Einwohnerfragestunde

des Kreisausschusses am 16. Dezember, daß der Landkreis bislang die projektbezogene Schulsozial- und -jugendarbeit favorisiert habe. »Darüber hinaus«, so Landrat Ihrke weiter, »ist die Organisation der Sozialarbeit am Standort Schule zu klären«. Im Jahr 2014 werde es hierzu Lösungsansätze geben.

Besucherrekord beim 10. Weihnachtsmarkt

Eberswalde (bbp). Fast 5.000 Besucher kamen am 15. Dezember im Laufe des Nachmittags in die Sporthalle des Vereins REKI (Rehabilitations- und Kindertagesstätten-sport) in der Schorfheidestraße, um die Attraktionen des Zehnten Weihnachtsmarktes im Brandenburgischen Viertel mitzuerleben.



Bürgermeister Friedhelm Boginski und Ortsvorsteher Carsten Zinn eröffneten den Weihnachtsmarkt gemeinsam mit dem Anschnitt eines meterlangen Stollens. Sie dankten allen Unterstützern, die das festliche Treiben in der Schorfheidestraße ermöglicht hatten.

Auf der Bühne boten die Bigband der Barnimer Musikschulen mit ihrer Sängerin Lisa Kögler, die Tanzgruppe des Horts »Kinderinsel«, Clown Kaily, das Flötenorchester »Con Passione«, der Chor »Iwuschka« und die Mittelalterband »Wolgemit« ein frisches und abwechslungsreiches Programm, das von DJ Jogi in Zusammenarbeit mit Weihnachtsmann Henry

Pepinski moderiert wurde. Bastelstände, eine Schminkstation für Kinder und allerlei Gebäck und Wildschweinbraten gab es sowie die Gelegenheit, sich mit Väterchen Frost und seinem Schneeflockchen, Snegurotschka genannt, fotografieren zu lassen.

Ein Lampionumzug krönte den Zehnten Weihnachtsmarkt im Brandenburgischen Viertel. Angeführt von der Mittelalterband »Wolgemit« und begleitet von der Eberswalder Feuerwehr zogen die Kinder mit ihren Laternen zum Potsdamer Platz. Von dort schickten sie ihre Wunschzettel per Luftballon zum Weihnachtsmann.

»Biosphäre unter Strom« – Jahresrückblick 2013

In diesem Jahresrückblick möchte ich Sie über den aktuellen Stand des Konflikts um die 380-kV-Freileitung von Bertikow nach Neuenhagen (Uckermarkleitung), den Stand unserer Prozeßvorbereitung und über die Aktivitäten unserer Bürgerinitiative im vergangenen Jahr informieren.

Planfeststellungsverfahren

Die Genehmigungsbehörde, das Landesamt für Bergbau, Energie und Rohstoffe (Bergamt), hat das Planfeststellungsverfahren noch nicht abgeschlossen. Noch steht der Planfeststellungsbeschluß aus.

Im vergangenen Jahr sind eine Reihe von Planänderungen vorgenommen und in das Verfahren eingebracht worden. Die Bürgerinitiative hat wiederholt darauf hingewiesen, daß punktuelle Planänderungen nicht geeignet sind, die Einwände, die gegen diese Planung erhoben werden, zu entkräften.

Wir haben die Beteiligungsverfahren, die im Rahmen der Planänderungen durchgeführt wurden, genutzt, um abermals unsere Einwände gegen die Trassenplanung in das Verfahren einzuführen. Darüber hinaus versuchten wir, im Rahmen unserer Möglichkeiten, die Betroffenen zu mobilisieren und zu motivieren, ihren Protest gegen die Planung zu artikulieren.

Im August sind wir vom Bergamt aufgefordert worden, abschließend Stellung zu nehmen. Unser Anwalt Philipp Heinz hat noch einmal alle Argumente gegen das Vorhaben in das Verfahren eingeführt und sich dabei auf die jeweils aktualisierten Fassungen der wissenschaftlichen Gutachten gestützt.

Von Mitarbeitern des Bergamts wurde ein Abschluß des Planfeststellungsverfahrens für den Winter/Frühjahr 2014 signalisiert.

Vorbereitungen für eine Klage

Sowie ein Planfeststellungsbeschluß vorliegt, wird dagegen vor dem Bundesverwaltungsgericht geklagt werden. Die Kläger stehen bereit. Klagen wird ein Natur- und Umweltschutzverband, ein betroffenes Unternehmen und ein Privatkäufer, dessen Grundstück überspannt werden soll.

Diese ausgewählten Kläger handeln stellvertretend für alle Betroffenen, um die Prozeßkosten gering zu halten.

Alle Aspekte, mit denen die Klage begründet wird, sind bereits in das Planfeststellungsverfahren eingebracht worden, so daß sie vom Gericht berücksichtigt werden müssen. Die wissenschaftlichen Gutachten, auf die sich die Klage stützt, sind auf dem aktuellsten Stand.

Damit 50 Hertz Transmission nicht vollendete Tatsachen schaffen kann, wird gleichzeitig mit der Klage ein Rechtsschutzverfahren beantragt, um einen Baustopp zu erwirken.

Die Prozeßkosten in Höhe von ca. 50.000 € werden gemeinsam von Unternehmen aus der Region, durch Umweltverbände, Kommunen und von privaten Spendern getragen. Hier sind vor allem der Beiträge der Städte Eberswalde und Angermünde sehr hilfreich, die ungefähr ein Viertel der Prozeßkosten tragen.

Das Prozeßkostenkonto wird vom gemeinnützigen Verein »Wir in der Biosphäre« e.V., der eng mit der Bürgerinitiative zusammenarbeitet, geführt. Die Bürgerinitiative appelliert eindringlich an alle Freunde und Mitstreiter, die Finanzierung des Prozesses durch Spenden auf dieses Konto zu unterstützen!

Unser Rechtsanwalt Philipp Heinz hat die Stadt Krefeld in einem Klageverfahren gegen den Planfeststellungsbeschluß für eine 380 kV-Freileitung (Enlag-Projekt) vor dem Bundesverwaltungsgericht am 17.12.2013 erfolgreich vertreten. Der Planfeststellungsbeschluß für die Krefelder Leitung ist nicht vollziehbar. Insofern können wir mit Recht behaupten, daß die von uns unterstützte Klage sehr wohl Aussicht auf Erfolg hat.

Aktivitäten der BI im Jahr 2013

Im Frühjahr 2013 hat 50 Hertz auf Druck der BI die (Un)Machbarkeitsstudie zur Erdverkabelung in Eberswalde, aber nicht die Kostenkalkulation, veröffentlicht. In dieser Studie sind verschiedene Varianten der Erdverkabelung bei der Querung Eberswaldes dargestellt worden. Rein technisch, so das Ergebnis der Studie, sei eine Erdverkabelung machbar, aber wegen der hohen Kosten (mehr als 20 Mio. € für 2,8 km) wirtschaftlich nicht vertretbar.

Der Forderung der BI, die Kostenkalkulation offen zu legen, ist 50 Hertz Transmission nicht nachgekommen. Diese Kalkulation steht im Widerspruch zu einer Kostenkalkulation für Erdkabeltrassen in Niedersachsen von E.ON aus dem Jahre 2007, die zum Ergebnis hatte, daß die Mehrkosten für Erdkabel bei 3 Mio. € pro km im Vergleich zu den Kosten einer Freileitung liegen. 50 Hertz Transmission plant also doppelt so teuer wie E.ON.

Seit dem Sommer 2013 versuchen Mitarbeiter der Alpine Energie im Auftrag von 50 Hertz Transmission Durchleitungsrechte im Trassenbereich zu erwerben. Die BI hat an die Grundstückseigentümer appelliert, angesichts der Tatsache, daß noch kein Planfeststellungsbeschluß ergangen ist, keine Rechte abzutreten und nicht mit Alpine Energie zu kooperieren.

Um die Gemeinden auf ihre Seite zu ziehen, hat 50 Hertz Transmission einen Vertragsentwurf für Ausgleichszahlungen an die Gemeinden, deren Gebiet durch die Freileitung gequert wird, veröffentlicht, der aber bisher kaum auf positive Resonanz in den Gemeinden gestoßen ist. Sie stehen nach wie vor zu ihrer Ablehnung des Freileitungsprojekts.



Diese Fragen wurden von der BI in ihrer Öffentlichkeitsarbeit thematisiert und vom Fernsehen des rbb und Radio 1 in Sendungen aufgegriffen in denen auch die BI zu Wort kam. Die Position der BI wurde in mehreren Berichten in der Regionalpresse, im Barnimblog (www.bar-blog.de) und auf unserer Homepage (www.trassenfrei.de) dargestellt. Unsere Arbeit findet durchgängig ein positives Medienecho.

Netzentwicklungsplan und Energiewende

Die Position der Bürgerinitiative zum Netzentwicklungsplan und zur Energiewende wurde auf Veranstaltungen der Deutschen Umwelthilfe (DUH) und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) dargestellt.

Die BI kritisiert einen überdimensionierten Netzausbau, der auch energiepolitisch abzulehnen ist, da er die Einspeisung von Kohlestrom parallel zu der Stromeinspeisung nach dem EEG ermöglicht und die alten Strukturen konserviert. Das »Ilmenauer Signal«, ein Appell für eine Energiewende von unten, das von Mitgliedern unserer BI angeregt wurde, ist inzwischen von uns inhaltlich unterfüttert und ausführlich erläutert worden. Es ist im Internet abrufbar (www.zubila.de/ilmenauer-signal.html).

Auf zwei Tagungen zum Thema Verbesserung der Bürgerbeteiligung, zu denen das Wirtschaftsministerium eingeladen hatte, hat die BI über unsere Erfahrungen referiert und einen Zehn-Punkte-Katalog eingebracht.

Wir können auf eine erfolgreiche Arbeit im Jahr 2013 zurückblicken und auf der Basis unserer Erfahrungen nach fünf Jahren Kampf gegen die Freileitungspläne und für den Erhalt unserer wertvollen Kulturlandschaft voll Zuversicht dem kommende Jahr entgegensehen.

HARTMUT LINDNER,

Sprecher der Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom - keine Freileitung durchs Reservat!«

Spendenkonto:

Begünstigter: Wir in der Biosphäre e.V.

Kontonummer: 60 69 79 49

Bankleitzahl: 150 917 04

Bank: VR Bank Uckermark

Der gemeinnützige Verein »Wir in der Biosphäre« ist befugt, Spendenbescheinigungen, die beim Finanzamt vorgelegt werden können, auszustellen. Diese Spendenbescheinigungen werden Ihnen zu Beginn des kommenden Jahres zugesendet.

Hinweis:

Kabelriß einer 110kV-Freileitung in Wiesmoor (Schleswig-Holstein):

<http://www.oz-online.de/news/artikel/119385/Stromleitung-ueber-Haus-in-Wiesmoor-gerissen>

<http://www.oz-online.de/videos/player/13842/Hochspannungsleitung-kracht-auf-Kinderspielplatz>

Außenhandel und Versorgung in der DDR

Der Außenhandel der DDR hat in enger Zusammenarbeit mit der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft einen großen volkswirtschaftlichen Beitrag zur Versorgung mit Nahrungsgütern geleistet. Das trifft auch ohne Einschränkung für den Außenhandelsbereich Schalck-Golodkowski zu, der in öffentlichen Darstellungen oft nur kritisch auf die Versorgung des Politbüros in Wandlitz oder andere Nebentätigkeiten beschränkt wurde. Als DDR-Verantwortlicher für den Einkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die Nahrungsgüterwirtschaft sowie die Kombinate für industrielle Mast und zentral geleiteten Volksgüter habe ich 15 Jahre lang eng mit dem Außenhandel und auch mit Schalck-Golodkowski zusammengearbeitet. Ich möchte anhand konkreter Fakten und Zahlen einmal deutlich machen, welche wirtschaftlichen aber auch politischen Hintergründe das Handeln auf diesem Gebiet bestimmt haben.

Die natürlichen Bedingungen in der DDR ermöglichten es, jährlich große Mengen hochwertige Braugerste und auch Brotgetreide über den Eigenbedarf hinaus zu produzieren und vor allem in die BRD zu sehr günstigen Preisen zu exportieren, nachdem die BRD die DDR nicht als Ausland einstufte. Für die Erlöse wurden zu günstigen Preisen Futtergetreide und Eiweißfuttermittel aus Überschüssen kapitalistischer Länder importiert. Beispielsweise aus Kanada und vor allem Australien, wo ich allein 1972 einen Kaufvertrag über 1 Million Tonnen Getreide abgeschlossen habe.

Diese Importe wurden in der neu aufgebauten Mischfutterindustrie zur Herstellung von hochwertigen Mischfuttermitteln genutzt. Auf dieser Grundlage produzierten die staatlichen Kombinate für industrielle Mast und auch LPG und VEG mehrere 100.000 Tonnen Fleisch zusätzlich, die teilweise zur Deckung des erhöhten Fleischverbrauchs in der DDR aber auch für den Export Verwendung fanden.

In diesem Zusammenhang ist festzustellen, daß diese Fleischexporte fast ausschließlich in Form von Lebendvieh oder Rinder- und Schweinehälften erfolgten. Es war und bleibt eine Unwahrheit, daß solche Exporte von hochwertigen Endprodukten zu Lasten der DDR-Versorgung durchgeführt wurden.

Aus den Erlösen solcher Außenhandelsgeschäfte wurden auch wichtige Investitionen der Nahrungsgüterwirtschaft finanziert, um den steigenden Fleischbedarf zu befriedigen. So wurde in Kooperation mit einer Westberliner Firma in Eberswalde/Britz das damals größte und modernste Schlacht- und Verarbeitungskombinat in Europa mit einer Jahreskapazität von fast einer Milliarde Mark an Endprodukten in einer Rekordzeit von 1½ Jahren mit etwa 600 Mio. Mark Investitionen, davon 200 Mio. Valutamark aufgebaut. Die EDV-Anlagen für die Prozeßsteuerung aus dem Militärbereich der USA wurden von der Westberliner Firma über die Schweiz importiert und unsere Spezialisten dafür dort ausgebildet.

Natürlich wurden auch alle Lücken in den EU-Bestimmungen für den Außenhandel genutzt. Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an den Import von 20.000 Tonnen Butter aus der Staatsreserve der BRD über eine Briefkastenfirma im Libanon, wo am Ende die Butter nicht in Beirut sondern mit schwedischen Schiffen in Rostock landete.

An dieser Stelle sei auch ein Vergleich zwischen der Fleischversorgung in der BRD und in der DDR erlaubt. Obwohl sich der Pro-Kopf-

Verbrauch etwa in gleicher Höhe bewegte, war die Optik des Angebots in der BRD eindeutig besser. Das war nicht nur einem breiteren Sortiment und besserer Verpackung geschuldet. So war das Angebot an hochwertigen Fleischerzeugnissen, wie z. B. Filet oder Schinken für den Normalverbraucher in der DDR kaum sichtbar und in der Regel nur unter dem Ladentisch zu haben. Die Hauptursache dafür lag in den extrem niedrigen Preisen für Grundnahrungsmittel und vor allem bei einer völlig ungenügenden Differenzierung nach Qualitäten. So betrugen die Preise für hochwertige Fleischerzeugnisse in der BRD das Mehrfache an DM als in der DDR in Mark der Notenbank.

Die Mangelwirtschaft bei solchen Erzeugnissen in der DDR war somit hausgemacht. Vorschläge, die Preise für Grundnahrungsmittel auf ein normales Maß anzuheben und vor allem auch stärker nach Qualitäten zu differenzieren und dabei gleichzeitig die unteren Lohngruppen und Renten stärker als die Preiserhöhung anzuheben, wurden leider von der damaligen Partei- und Staatsführung abgelehnt.

Die Außenhandelsbeziehungen entwickelten sich unabhängig von der politischen Gesamtlage und auch unabhängig davon, ob die BRD von der SPD oder CDU regiert wurde. Sie wurden von den politisch Verantwortlichen nicht nur geduldet, sondern im beiderseitigen Interesse gefördert. Sie wurden auch genutzt, um politische Kontakte herzustellen und auszubauen. Leider haben das heute noch verantwortliche Politiker in der BRD alles aus ihrem Gedächtnis gestrichen.

So wurde ein erheblicher Teil der Fleischexporte der DDR über einen Fleischgroßhändler in Bayern organisiert. Dieser war gleichzeitig

ein enger Freund des ehemaligen Finanzministers der BRD und späteren Ministerpräsidenten von Bayern Franz Josef Strauß. Es ist sicher auch kein Zufall, daß dieser Fleischgroßhändler das erste Gespräch zwischen Strauß und Alexander Schalck-Golodkowski organisierte, dem bekanntlich weitere Gespräche auf hoher politischer Ebene zwischen Politikern der BRD und der DDR folgten. Auch eine große Getreidehandelsfirma in Hamburg war Koordinator und Mitorganisator der Getreideim- und -exporte der DDR. Die Reise nach Australien Anfang der 70er Jahre gemeinsam mit dem Direktor dieses Unternehmens hatte ich bereits erwähnt. Der Import von 1 Million Tonnen Getreide aus Überschüssen zu sehr günstigen Bedingungen konnte damals vereinbart werden.

Da zu dieser Zeit der internationale Kampf um die diplomatische Anerkennung der DDR geführt wurde, waren auch solche Fragen Gegenstand der Außenhandelsberatungen. Während wir 1972 noch kritische Diskussionen über einen staatlichen Verhandlungspartner in Australien führen mußten, wurden wir 1974 bei weiteren Beratungen schon mit allen diplomatischen Ehren empfangen.

Beziehungen zu kapitalistischen Firmen anderer Länder und westdeutschen Firmen wurden auch genutzt, politisch motivierte Embargo-Bestimmungen zu umgehen. So wurden der Import von EDV-Ausrüstungen aus dem Militärbereich der USA für die Nahrungsgüterwirtschaft mit Hilfe solcher Firmen organisiert.

Mir erscheint es notwendig, auch einmal solche Tatsachen öffentlich zu machen, um die früheren Beziehungen zwischen der BRD und der DDR real und sachlich darzustellen.

Dr. HELMUT KOCH

Mehr als Honig

Der Choriner LandSalon e.V. lädt herzlich zu einer Film- und Diskussionsveranstaltung am **Sonntag, dem 25. Januar, 19.30 Uhr, im Bahnhof Chorin ein.**

Wir zeigen im Rahmen der Brandenburgischen Ökofilmtour den Dokfilm:

More than Honey – Eine Reise in die wunderbare Welt der Biene

Der Film (90 min) von Markus Imhoof u.a. zeigt eindrucksvoll, wie stark die Bienen durch Pestizide, Antibiotika, Monokulturen und andere durch Menschen verursachte Umweltveränderungen gefährdet sind.

Deutlich wird aber auch, was wir konkret zum Schutz der Bienen tun können. Darüber werden wir auch anschließend mit der Imkerin Sabine Voltmer sowie anderen Imkern aus der Region diskutieren.

Für Imbiß und Getränke sorgt in bewährter Weise das »Lindenblatt«-Bistro.

Der Eintritt ist frei. Spenden für die Ökofilmtour sind willkommen.

Wir freuen uns auf Sie/Euch und einen anregenden Abend!

FRANK ADLER

P.S.: Für alle, die in Nähe der Bahnstrecke Berlin–Bernau–Eberswalde–Chorin–Angermünde–Schwedt wohnen, ist der Veranstaltungsort bequem per Bahn zu erreichen.

2013 war das internationale Jahr der Statistik

Mehrere internationale Organisationen, hauptsächlich aus dem englischsprachigem Raum, hatten das Jahr 2013 zum Internationalen Jahr der Statistik erklärt. Dieser Erklärung schlossen sich mehrere Ämter, Gesellschaften und Vereine in der BRD an. Insgesamt folgten diesem Aufruf über 2.100 Organisationen in 124 Ländern. Von den Medien in der BRD blieb dieser Aufruf fast unbeachtet. Ziel dieses Aufrufes war u.a. die Öffentlichkeit über diesen Teil der Wissenschaft breiter zu informieren. Da im vergangenen Jahr in der BRD mindestens zwei Ereignisse stattfanden, die in der Öffentlichkeit wirksam wurden, erscheint es angemessen auch hier etwas über die Statistik mitzuteilen.

Zunächst jedoch einige Bemerkungen zur Begriffsbildung des Wortes Statistik. Es gibt verschiedene Beschreibungen. Hier wollen wir uns auf zwei Gebiete beschränken, der Behördenstatistik und der Mathematischen Statistik. Erstere ist die historisch ältere. Sie ist dadurch charakterisiert, daß Zahlen aus einer Grundgesamtheit vollständig erfaßt, interpretiert und weiter verrechnet werden. Es werden dadurch Informationen geschaffen, mit dem Ziel ein Unternehmen bzw. eine Gesellschaft zu steuern.

Leider muß in der BRD die Behördenstatistik auch Propagandazwecke erfüllen. Beispielsweise wurde wenige Tage vor Weihnachten in der Nachrichtensendung des rbb die folgende Dummheit verbreitet: »Trotz sinkender Arbeitslosigkeit stieg in Brandenburg die Armut«. Was hat beides miteinander zu tun? Selbst wenn man keine gefälschten Arbeitslosenzahlen verwenden würde, gibt es keinen ursächlichen Zusammenhang.

Oder um ein anderes Beispiel für Propaganda zu nennen: Frau von der Leyen hat als Bundesarbeitsminister 45.000 »Bürgerarbeiter« mit Niedrigstlohn als Arbeitslose aus der Statistik verschwinden lassen.

Die Mathematische Statistik entwickelte sich etwa ab 1900. Sie beruht auf dem Wahrscheinlichkeitsbegriff und untersucht Massenerscheinungen. Charakterisierend ist hierbei, daß nicht die vollständige Grundgesamtheit erfaßt wird, sondern es wird eine Stichprobe aus der Grundgesamtheit gezogen, diese wird ausgewertet und daraus wird auf die Grundgesamtheit geschlossen. Es ist klar, daß bei einer solchen Vorgehensweise Fehler entstehen. Aufgabe des mathematischen Statistikers ist es nun, die Stichprobe so zu wählen, daß die Fehler minimal werden.

Natürlich sind die Übergänge zwischen den beiden Gebieten der Statistik zunehmend fließend, man denke dabei an den Zensus 2011. Die Mathematische Statistik erlangte in den vergangenen Jahrzehnten eine umfangreiche Bedeutung. Sie ist im täglichen Leben nicht mehr wegzudenken. Als Beispiele seien hier aus dem Bereich Medizin die Therapiestudien oder die Epidemiologie, aus der Pharmazie die Erprobung neuer Medikamente, aus dem Handel und dem Transportwesen die Berechnung von Warteschlangen und die Dimensionierung von Bediensystemen, genannt. Ebenso arbeitet die Finanzindustrie mit Methoden der Mathematischen Statistik.

Ein weiteres wichtiges Anwendungsgebiet ist die Statistische Qualitätskontrolle. Speziell bei der Fließfertigung werden im Produktionsablauf Stichproben gezogen und beurteilt, deren

Ergebnis sofort in die Fertigung einfließt. Die PKW Industrie ist ein Beispiel dafür. Eine sehr bekannte Automarke, die speziell mit der Spitzenqualität ihrer PKW's wirbt, befragt nach dem in der Garantiezeit vorgeschriebenen Werkstattbesuch die Kunden mit einem extra entworfenen Fragebogen. Die dort formulierten Fragen suggerieren ebenfalls die angeblich sehr gute Qualität von Autos dieser Marke. Schlimm wird es jedoch für den Kunden, der ein solches Autos kauft. Erst anhand konkreter Erfahrungen lernt man, wie die »Spitzenqualität« mit Hilfe statistischer Methoden vorgegaukelt wird.

In der DDR war eine wissenschaftliche Anwendung die statistische Versuchsplanung. Es konnten damit bei Tierversuchen viele Versuchstiere eingespart werden.

Die Durchdringung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens mit den Computern führte in der Statistik zu neuen Entwicklungen. Daten werden nun häufig online erfaßt. Das Teilgebiet Data mining entstand. Dabei geht es um die schnelle Sichtung von Mustern in großen Datenmengen, wobei unter groß Datensätze von 100 Millionen Beobachtungen mit jeweils 2 Tausend Einzelmerkmalen zu verstehen sind. Dieses Data mining läßt beispielsweise ein Erkennen von Terroristen in Datensätzen zu. Es wird aber auch von Handelskonzernen genutzt, um das Verbraucherverhalten von verschiedenen sozialen Gruppen zu erforschen. Die Datenerfassung geschieht dabei oft an der Kasse, an der der Einkauf registriert wird. Die Daten der Verbraucher liefern dann die Kundendaten von Gewinnspielen, Rabattaktionen oder Paybackkarten.

Schauen wir nun auf die eingangs erwähnten zwei öffentlich wirksamen Ereignisse in der BRD. Das war zum einen die Volkszählung Zensus 2011. Hier haben sich nach zweijähriger Vorbereitungszeit Behördenstatistiker an ein mathematisches Problem gewagt und sind dabei gescheitert.

Das Ergebnis war das Resultat eines mathematischen Rechenvorgangs, ist also richtig. Wenn es mit der Praxis nicht übereinstimmt, dann muß das Verfahren zur Stichprobenauswahl fehlerhaft gewesen sein. Weil die Volkszählung aber ein hoheitlicher Akt, also eine Amtshandlung darstellt, ist das Ergebnis amtlich. Demzufolge kann man juristisch dagegen vorgehen, d.h. ein Gericht entscheidet, ob ein Rechenprozeß richtig ist!

Das zweite Ereignis ist ein sehr gelungenes Beispiel, was Statistik alles kann. Es geht um die Wahlberichterstattung am Wahlabend. Unmittelbar nach Schließung der Wahllokale ver-

öffentlich-ten ARD und ZDF die Prognose zum Ausgang der Wahl. Diese sind so genau, daß bei jeder Partei maximal 0,5 % Abweichung vom wahren Ergebnis garantiert sind. Das ist durch eine optimale Stichprobenziehung, d.h. man fragt ganz bestimmte Personen an ausgewählten Orten nach ihrem Abstimmungsverhalten, möglich. Entwickelt hat dieses die Firma Infratest dimap und es stellt ein Betriebsgeheimnis dar. Das ist sicherlich ein bemerkenswertes Ereignis. An solcher Qualität hätten sich die Zensus-Statistiker orientieren können.

Beim genaueren Hinsehen erscheint aber auch diese Prozedur fragwürdig. Was nutzt es dem Bundesbürger, wenn er ca. 12 Stunden vor dem Verkünden des amtlichen Wahlergebnisses das mit einer hohen Genauigkeit zu erwartende erhält? Dabei vergeht dann nochmals ein Vierteljahr, bevor die Regierung gewählt ist. Dieses Ergebnis von Infratest dimap dient nur einer albernem Politshow im Fernsehen, die mit der Zwangsabgabe der Bundesbürger bei ARD und ZDF gleich doppelt finanziert werden muß. Leider versteht es die BRD immer wieder, gute wissenschaftliche Ergebnisse in finanzielle Schadereignisse für die Bürger zu verwandeln.

An den Universitäten der BRD existieren zwei Fakultäten für Statistik, nämlich an der TU Dortmund und an der Ludwig-Maximilians-Universität in München.

Vielleicht noch eine Anmerkung, Winston Churchill soll gesagt haben: »Ich glaube keiner Statistik, die ich nicht selbst gefälscht habe.« Richtig ist, dieses Zitat wurde vom Reichspropagandaminister Joseph Goebbels im Rahmen einer Intrige Churchill zugeschrieben, um ihn in den Medien während des Zweiten Weltkrieges als Lügner darzustellen.

Dr. ULRICH POFAHL



INTERNATIONALES JAHR DER STATISTIK

Das ist durch eine optimale Stichprobenziehung, d.h. man fragt ganz bestimmte Personen an ausgewählten Orten nach ihrem Abstimmungsverhalten, möglich. Entwickelt hat dieses die Firma Infratest dimap und es stellt ein Betriebsgeheimnis dar. Das ist sicherlich ein bemerkenswertes Ereignis. An solcher Qualität hätten sich die Zensus-Statistiker orientieren können.

Beim genaueren Hinsehen erscheint aber auch diese Prozedur fragwürdig. Was nutzt es dem Bundesbürger, wenn er ca. 12 Stunden vor dem Verkünden des amtlichen Wahlergebnisses das mit einer hohen Genauigkeit zu erwartende erhält? Dabei vergeht dann nochmals ein Vierteljahr, bevor die Regierung gewählt ist. Dieses Ergebnis von Infratest dimap dient nur einer albernem Politshow im Fernsehen, die mit der Zwangsabgabe der Bundesbürger bei ARD und ZDF gleich doppelt finanziert werden muß. Leider versteht es die BRD immer wieder, gute wissenschaftliche Ergebnisse in finanzielle Schadereignisse für die Bürger zu verwandeln.

An den Universitäten der BRD existieren zwei Fakultäten für Statistik, nämlich an der TU Dortmund und an der Ludwig-Maximilians-Universität in München.

Vielleicht noch eine Anmerkung, Winston Churchill soll gesagt haben: »Ich glaube keiner Statistik, die ich nicht selbst gefälscht habe.« Richtig ist, dieses Zitat wurde vom Reichspropagandaminister Joseph Goebbels im Rahmen einer Intrige Churchill zugeschrieben, um ihn in den Medien während des Zweiten Weltkrieges als Lügner darzustellen.

Dr. ULRICH POFAHL

Angebote im »Bahnhofstreff« Finow:

Die ehrenamtliche Bibliothek Finow offeriert von Montag bis Freitag eine Vielzahl von Angeboten aus Belletristik, Reise- und Kinderliteratur. »Bahnhofstreff« Finow: Tel. 03334-383586

Eine lange Trinkwasserleitung zur Versorgung von nur wenigen Abnehmern, in der sich das Wasser schlecht steht, wird natürlich zu teuer und ist auch aus hygienischen Gründen zu beanstanden. Aber wer war es denn, der viele kleine, dezentrale Wasserwerke »aus Kostengründen« liquidiert hat? Wer war es denn, der eifersüchtig dafür gesorgt hat, daß tausende gut funktionierende Hauswasseranlagen stillgelegt werden mußten und die Menschen per Anschluß- und Benutzungszwang, angeblich Gesetz, an die öffentliche Versorgungsleitung geprügelt wurden? Es war der gleiche »Staat«, der eben diesen Bürgern erklärt hat, daß die zentrale Versorgung aus dem großen Wasserwerk viel besser und auch billiger ist.

Sie war selten besser und nie billiger. Man wollte nur an den Millioneninvestitionen Millionen verdienen – es gab ja Fördermittel – obwohl man bereits damals um den Bevölkerungsrückgang auf dem Lande wußte. Anschlußbeiträge, vorzugsweise nach Grundstücksgröße ohne Tiefenbegrenzung, und laufende, üppige Gebühren sind im übrigen auch eine Einnahmequelle, auf die man nicht gern verzichtet. Das ist sogar ein lohnendes Geschäft, wie der »Trend« zur Privatisierung deutlich beweist.

Die Umkehr dieses Trends, die jetzt in Mode kommt, hat natürlich auch in erster Linie finanzielle Gründe. Mein Mitleid mit denjenigen, die nun feststellen, daß selbst monströse Beiträge und Gebühren nicht mehr den gewünschten Profit sichern und daß sie – gegen besseren Rat – damals falsch entschieden haben, hält sich in Grenzen.

Wirklich verrückt wird die Sache, wenn es ums Abwasser geht. Daß sich ein mehrere Kilometer langer Abwasserkanal von einem kleinen Dorf in ein zentrales Großklärwerk nicht rechnet, nie gerechnet hat, das haben diejenigen ignoriert, die hunderte Millionen – damals noch D-Mark – für lange Abwasserleitungen in den märkischen Sand gesetzt haben. Angeblich der Umwelt zuliebe, in Wahrheit, um wieder Millionen zu scheffeln, aus den Taschen der Bürger versteht sich.

Es ging niemals wirklich um die Entwicklung des ländlichen Raums sondern darum, mit öffentlichen Aufträgen »Arbeitsplätze zu schaffen« und vor allen Dingen den Banken langfristig Profite zu sichern. Die Brandenburgische Landesregierung hat gar eine Methodik ausarbeiten lassen, die ihre Politik der flächendeckenden Kanalerschließung stützen sollte. Nach dieser Methodik war der Kanal immer die beste und wirtschaftlichste Lösung! (von einem Forsthaus mitten im Wald mal abgesehen)

Der Umweltminister sah sich dann, der Täuschung überführt, ganz schnell gezwungen, die Methodik zurückzupfeifen, freilich ohne die weitere Kanalerschließung auch kleinster Siedlungen zu stoppen. Damit hat Brandenburg nicht nur vernunftwidrig gehandelt, sondern auch gegen klare EU-Vorgaben und EU-Richtlinien verstoßen.

Mehr Menschen, höhere Kosten

oder was man aus einer Studie so alles lernen kann (Teil 2)

»Je weniger Menschen in einer Region leben, desto teurer wird die Versorgung«, schreibt hingegen Dr. Reiner Klingholz vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung in seiner Studie »Vielfalt statt Gleichwertigkeit«.*

Diesem Widerspruch wollten wir nachgehen. In Teil 1 betrachteten wir die Versorgung mit Lebensmitteln und Dingen täglichen Bedarfs, mit Energie und mit öffentlicher Bildung und schließlich mit Straßen und anderem. Bleibt das leidige Thema Wasser und Abwasser.



Der demographische Wandel trifft auch ehemals dicht bevölkerte Wohngebiete, wie das Brandenburgische Viertel in Eberswalde. Die Verantwortlichen in der Stadt wissen darauf keinen anderen Rat, als Wohnungen, Schulen und Kaufhallen abzureißen. Von der einstigen »kleinen Kaufhalle« im Brandenburgischen Viertel werden derzeit die letzten Trümmer abgefahren. »Damit hat sich der private Eigentümer an die Zusagen gehalten, die er der Stadt dafür gegeben hatte«, heißt es in einer Pressemitteilung der Stadtverwaltung.

Fachleute der Bundesvereinigung vom Gas- und Wasserfach (BGW) haben bereits vor mehr als 10 Jahren nachgewiesen und dringend empfohlen, daß man vor dem Hintergrund des demographischen Wandels endlich mit dem Rückbau zentraler, nicht mehr wirtschaftlich zu betreibender Anlagen beginnen muß. Aber solche unbequemen Expertenmeinungen kann man ja ignorieren, was gerade die Landesregierung Brandenburg auch mit Fleiß tut.

Wenn jetzt Herr Dr. Klingholz daherkommt und feststellt, daß die zentrale Abwasserentsorgung wegen des Bevölkerungsrückgangs zu teuer ist, dann spielt er Schweinchen schlau. Der Bevölkerungsrückgang ist jetzt nur eine willkommene Ausrede, die von der gescheiterten Politik flächendeckender Kanalerschließung auch kleinster Dörfer ablenken soll. Der Kanal als Paradigma des Fortschritts ist gescheitert.

Vielleicht sind die »Alten« Schuld, die viel zu lange leben, die Bevölkerungspyramide auf den Kopf stellen und partout nicht in eine kleine Mietwohnung in einen Zwölfgeschosser am Stadtrand umziehen wollen? Das sagt natürlich keiner so deutlich, denn auch die Alten sind Wähler.

Das Grundübel sind die von Anfang an überdimensionierten Leitungen und Klärwerke auf dem platten Land, also eine von Grund auf verfehlte Abwasserpolitik, an der sich nichts geändert hat, auch nicht unter der derzeitigen Umweltministerin, in deren Handtasche immerhin das Mitgliedsbuch der Partei DIE LINKE steckt, oder doch besser schlummert?

Es fällt jedoch immer schwerer, die Fehlentscheidungen der Vergangenheit zu kaschieren und weitere Fehlinvestitionen durchzusetzen. Plötzlich, siehe Studie, steht der Kanal auf dem Prüfstand und gilt nicht mehr als die Patentlösung!

Der Igel hat dem Hasen gesagt: Ich bin all hier! Ich sage Herrn Dr. Klingholz: So schlau waren wir, die Vertreter der Bürgerbewegung für einen nachhaltigen Umgang mit Wasser, schon vor 15 Jahren. Und wir haben es gesagt und geschrieben – immer und immer wieder. Aber niemand hat es hören wollen.

Vielleicht liegt es ja daran, daß wir kein (Steuer-)Geld für teure Studien gefordert haben. Anerkannte Wissenschaftler haben vor tauben Ohren gepredigt. Prof. Wilhelm Rippl z.B. von der TU in Berlin hat es immer wieder gesagt: »Ein Großklärwerk auf dem Land ist so überflüssig wie ein Kropf.« Deshalb, auch wenn es viel zu spät ist, sage ich: Bravo, Herr Dr. Klingholz! Ihr Wort in den Gehörgang der Brandenburgischen Landesregierung! Mögen viele Ministerialbeamte ihre Studie lesen, verstehen und daraus die richtigen Schlußfolgerungen ziehen. Leider gibt es keinen Grund zu hoffen, daß das jemals passiert.

Heute wünschte ich mir, daß diejenigen, die sich auf Kosten der Steuerzahler damals bereichert und bis heute nichts begriffen haben, den Rückbau aus ihren Profiten und Extraprofiten bezahlen.

Dazu gehören auch nicht wenige sogenannte Staatsdiener bis hin zum ehemaligen ersten Umweltminister in Brandenburg, seinem damaligen Umweltstaatssekretär (zuletzt Finanzminister, der schließlich von seinem Freund Platzeck widerwillig entlassen werden mußte) und seinem Abteilungsleiter Wasser, der jetzt den »verdienten Ruhestand« genießt.

Was heißt verdienter Ruhestand? Das will ich gern erläutern. Der Mann hat nebenbei ein Ingenieurbüro betrieben, das genau die Anlagen geplant hat, die er als Ministerialbeamter mit Gewalt durchgesetzt hat, auch wenn sie noch so widersinnig waren. Damit genießt er jetzt strenggenommen den doppelt verdienten Ruhestand. Leider weiß ich: Die Erfüllung meines Wunsches ist eine Illusion. Bei uns werden die sogenannten Verantwortlichen, also die Schuldigen, niemals zur Kasse gebeten.

JOHANNES MADEJA
(Fortsetzung folgt)

* (http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Vielfalt_statt_Gleichwertigkeit/Vielfalt_statt_Gleichwertigkeit_online.pdf)

Enttäuschte Hoffnungen

Mandatsniederlegungen im Ausschuß für Energiewirtschaft

Zum 31.12.2012 hatte Dr. Hans Mai sein Mandat im Energieausschuß niedergelegt. Die von ihm angeführten Gründe, die er in seinem Offenen Brief mitteilte, deckten sich im Wesentlichen auch mit den Bewertungen des Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde. Dessen ungeachtet hat das Bündnis zunächst an der weiteren Mitarbeit im Energieausschuß festgehalten, in der Hoffnung, daß die Stadtverwaltung und der Ausschuß Schlußfolgerungen ziehen würden und das Bündnis in der Erreichung der eigenen programmatischen energiepolitischen Ziele Fortschritte erreicht. Diese Hoffnung hat sich leider als Irrtum erwiesen, was die heutige Sitzung des Energieausschusses noch einmal mehr deutlich gemacht hat. Deshalb haben wir uns entschlossen, nun ebenfalls das Mandat als Ausschußmitglied im Energieausschuß niederzulegen.

Wir schätzen ein, daß die speziellen energiepolitischen Ziele des Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde in weite Ferne gerückt sind. Unser Antritt für eine Rekommunalisierung der Energiewirtschaft hat in dieser Legislaturperiode in Eberswalde keine Chance. Sie findet weder bei der Verwaltung noch bei der Mehrheit der Abgeordneten Verständnis und Unterstützung. Das aktuell zur Beschlußfassung anstehende Energie- und Klimakonzept

entspricht in wichtigen Punkten nicht unseren Erwartungen. Grundsätzliche Einwände bzw. Änderungsanträge finden keine Berücksichtigung. Das Konzept scheint nur auf den Zweck ausgerichtet, einen progressiven Eindruck zu erwecken, nach dem Motto: wir sind die Größten. (Musterknabe im Land Brandenburg). Die Autoren und Befürworter halten an pseudowissenschaftlichen Darstellungen und vermeintlich umweltfreundlichen Zielen fest (CO₂-Senke durch Holzverbrennung und Fernwärme).

Progressive Ziele haben bei Abgeordneten keine Chance: Zu wenig Beschäftigung mit umfangreichen Vorlagen, keine kritische Auseinandersetzung mit Pro- und Kontraargumenten, Durchwinken der Vorlagen, gewichtige Sachargumente werden einfach mit Mehrheit ignoriert.

Die Überzeugungskraft weniger Streiter für eine gute Sache reicht trotz hohen persönlichen Aufwandes nicht aus. Sie liefern nur ein Alibi für einen scheinbar demokratischen Meinungsbildungsprozeß.

Dieser Ausschuß ist überwiegend nicht gewollt und damit überflüssig. Mit unserer Entscheidung folgen wir der fehlenden Daseinsberechtigung dieses Ausschusses.

ALBRECHT TRILLER und
BERND POMRAENKE

Wird das Klimaschutzkonzept beanstandet?

Eberswalde (bbp). Sechs Änderungsanträge zum Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept hatte Albrecht Triller vom Bündnis für ein demokratisches Eberswalde in den Energieausschuß eingebracht. So sollte das Ziel der Rekommunalisierung der Energiewirtschaft und eine Distanzierung vom HoKaWe aufgenommen werden. Das Handlungsfeld »Nah- und Fernwärme« sollte um neue Berechnungen ergänzt werden, die auf verbindlichen Angeboten beruhen und in einem Beispielprojekt umgesetzt werden. Desweiteren ging es darum, auf bezahlbare Energie zu achten und die Entwicklung allzu kompakter Strukturen im Stadtzentrum zu verhindern. Schließlich sollte zum Schutz des Finowkanals und des Straßenbegleitgrüns im Winterdienst weitgehend auf die Nutzung auftauender Salze verzichtet werden.

Im Energieausschuß wurden sämtliche Vorschläge abgelehnt. Als zwei Tage später das Energiekonzept in der Stadtverordnetenversammlung (StVV) zur Abstimmung stand, fehlten die sechs Änderungsanträge, obwohl der Ausschußvorsitzende Götz Trieloff (FDP) in seinem Bericht darüber berichtet hatte. Auf Nachfrage antwortet er, daß diese nur für den Energieausschuß gegolten hätten. Allerdings werden Änderungsanträge für Beschlußvorlagen gestellt und nicht für Ausschußsitzungen.

Da diese schriftlich eingebracht worden waren, hätte man entsprechend Kommunalverfassung, Hauptsatzung und Geschäftsordnung erwarten können, daß sie zur StVV beim entsprechenden Tagesordnungspunkt auf dem Tisch liegen. Das war nicht geschehen.

Albrecht Triller hatte sich vorbereitet, seine Änderungsanträge mündlich zu begründen und war völlig perplex, als sie nun gar nicht behandelt wurden. Er erklärte ausdrücklich, daß er an den Änderungsanträgen festhalte. Mehr als Häme hatte ein Teil der Stadtverordneten nicht für ihn übrig. Am Ende beteiligte er sich frustriert nicht einmal an der Abstimmung zum Klimaschutzkonzept, das bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen mehrheitlich angenommen wurde. Dabei war mittels Wortmeldung zur Geschäftsordnung ausdrücklich noch einmal darauf hingewiesen worden, daß doch erst über die Änderungsanträge abzustimmen sei. Auch das wurde ignoriert.

Die formalen Mängel dürften nun allerdings den Bürgermeister veranlassen, den Beschluß zu beanstanden. Auf jeden Fall bleiben erhebliche Rechtsunsicherheiten, wenn es an die Umsetzung des Energie- und Klimaschutzkonzeptes geht, was sich insbesondere im Zusammenhang mit der Nutzung von Fördermitteln als nachteilig erweisen könnte.

EU-Agrarreform

Bauernbund zieht krumme Furchen

Die finanzielle Untersetzung der EU-Agrarreform ist für die nächsten sieben Jahre vom Bund und den Ländern ausgehandelt worden. Durch die höhere Förderung der ersten 46 Hektar eines Betriebes verliert Brandenburgs Landwirtschaft Zuwendungen von Brüssel in Millionenhöhe, während die westlichen Bundesländer, in welchen kleinere landwirtschaftliche Betriebe vorherrschen, davon profitieren.

Dieser ausgehandelte Kompromiß ist Herrn Jung vom Bauernbund* jedoch nicht genug. In der rbb-Nachrichtensendung »Brandenburg aktuell« vom 8. Januar wünschte er sich noch mehr Umverteilung und wettete gegen die großen landwirtschaftlichen Betriebe. Es gipfelte in der Behauptung, daß SPD und DIE LINKE Kapitalinvestoren, welche hier in Brandenburg Land kaufen, unterstützen.

Herr Jung scheint wohl den Silvesterkater noch nicht überwunden zu haben. Mit dieser Äußerung verliert der Bauernbund weiter an Glaubwürdigkeit und schießt sich in der politischen Auseinandersetzung ein Eigentor.

In der aktuellen Stunde zur Landwirtschaft im September 2013 wurde von den LINKEN klargestellt, daß es ein Miteinander und kein Gegeneinander von großen und kleinen Landwirtschaftsbetrieben in Brandenburg geben muß. Ein Zerschlagen der gewachsenen Strukturen kommt nicht in Frage.

Dr. MICHAEL LUTHARDT, agrarpolitischer Sprecher der LINKEN im Landtag Brandenburg

* Nicht zu verwechseln mit dem Landesbauernverband Brandenburg, der »anerkannten berufständischen Vertretung der Brandenburgischen Landwirte« (www.lbv-brandenburg.de). Der Bauernbund Brandenburg e.V. mit Sitz in Lennewitz bezeichnet sich selbst als »christlich – konservativ – heimatverbunden« und vertritt »die bäuerlichen Familienbetriebe in Brandenburg« (siehe www.bauernbund-brandenburg.de).

Ein überzeugter Europäer

Enkelmanns »Offene Worte« mit dem Schweizer Botschafter Tim Guldemann

Ausnahmsweise ist es ein Mittwoch, an dem die nächsten »Offenen Worte mit Dagmar Enkelmann« stattfinden. Am 15. Januar, um 18 Uhr, ist Dagmar Enkelmann im Treff 23 auf dem Bernauer Kulturhof, Breitscheidstr. 43a, mit dem Schweizer Botschafter Tim Guldemann im Gespräch. Der Diplomat, der vor seiner Akkreditierung in der Bundesrepublik u.a. in Teheran, Afghanistan und als Leiter der OSZE-Mission in Tschetschenien und Kroatien tätig war, gilt als überzeugter Europäer. Für ausreichend Gesprächsstoff ist gesorgt: Fallstricke der Diplomatie, Steuerabkommen und Steuerparadies Schweiz, Erfahrungen mit Direkter Demokratie sowie der »Auftritt Schweiz« auf der nächsten Leipziger Buchmesse.

BÄRBEL MIERAU

»Sachen« vergrößern sich nicht, es sei denn es sind Luftballons. Auch Pflanzen und Tiere, im juristischen Sinne »Sachen«, wachsen. Aber »Vermögen« und Besitz an Wertpapieren?

Da müssen wir mal nachdenken: Alles, was immer größer wird, verändert sich nicht nur, es stößt an seine Grenzen oder es wird zu etwas völlig anderem: Neugeborene Säugetiere werden niemals größer als der Elefant zu Lande oder der Blauwal im Wasser. Eine Brücke, zugelassen für Fahrzeuge bis 5 Tonnen, würde zusammenbrechen, wenn über sie ein Brummi mit 30 Tonnen fahren würde. Oder wenn ein Sturmwind immer stärker wird und immer stärker, dann wird er zum Tsunami.

Ein interessanter Gedanke stammt von Galilei, ich gebe ihn wieder mit meinen Worten: Eine Katze hat etwa dreißig Zentimeter Schulterhöhe. Würde man sie von einer Plattform herunterschubsen, die zwanzigmal so hoch ist wie ihre Schulterhöhe, also sechs Meter, dann würde nichts Schlimmes passieren. Und ein Pferd? Das hat eine Schulterhöhe von rund 150 Zentimeter. Würde man ein Pferd von einer Plattform runterschubsen (gottbewahre!!), die zwanzigmal so hoch ist wie seine Schulterhöhe, also etwa dreißig Meter, würde das Pferd qualvoll verenden.

Wie ist das zu erklären? Durch das Verhältnis von Schulterhöhe und Leibes-Volumen. Da kommt die dritte Potenz eines Längenmaßes ins Spiel und mit der dritten Potenz das Körpergewicht, bezogen auf die Fläche der Füße. Da steht es schlecht für das Pferd als »großes Tier«. Das ist von Experten untersucht worden, im vorigen Jahrhundert, und Galilei hat es erahnt: Da setzt etwas aus.

Wenn nun ein »Vermögen« immer größer wird – fällt es dann noch unter »Eigentum«? Verdient es noch den Namen »Eigentum«?

Diese Frage stellte sich 1975 der Hamburger Jura-Professor Helmut Rittstiege: »...ob im Wege der gesetzlichen Neubestimmung möglicher Eigentumsinhalte auch gewisse Gegenstände außer Eigentum gesetzt, emanzipiert werden können.« Unter »Gegenstände« verstand der Jurist in der Juristensprache auch Fabriken, Industriewerke, große Vermögen. (Siehe Sahra Wagenknecht: »Freiheit statt Kapitalismus«, Seite 318 bis 323)

Rittstiegs Ausdrucksweise »Außer Eigentum setzen« verstehe ich so: Fabriken, Industriewerke, große Vermögen fallen gar nicht unter GG

Bundestagswahl 2013 – und was dann? (Teil 3)

Vom »Außer Eigentum setzen«

von Dr. Rainer Thiel

In Folge 2 inspizierten wir Grundgesetz (GG) Artikel 14 und 15. Dort ging es vor allem um Eigentum an Sachen. Danach kam die »Herrschaft über Vermögenswerte« und über Wertpapiere zur Sprache. Wie könnte das zusammenhängen?

Artikel 14, wonach »Eigentum« gesetzlich zu gewährleisten ist. Und wenn sie trotzdem unter »Eigentum« klassifiziert werden, dann ist das einfach falsch. Dann sind sie etwas, was in keinem Buche steht, höchstens in einem Science-Fiction-Roman. Oder in einem Kriminal-Roman? Wir dürfen sie nicht mehr unter »Eigentum« einordnen. Vielleicht unter »Raubgut«?

Einst, vor vielen Jahren, gab es massenhaftes Herrschaftsgut: Burgen, Schlösser, Latifundien. Einst begann die Rebellion dagegen. Symbol ist die »Französische Revolution«. Sie ebnete dem bürgerlichen Eigentum alle denkbaren Wege. Aus kleinen Manufakturen wurden Fabriken. Auch viel Gutes entstand, zum Beispiel die Eisenbahnen. Und die Gesetzgebung ebnete alledem die Wege. Viele Menschen fanden das gut und vernünftig. Jedenfalls »vernünftig«, bittesehr, das diskutieren wir an anderer Stelle. Doch die Sachen, die Vermögenswerte und die Zahlen in den Wertpapieren wurden immer größer, und noch größer. In der Natur gibt es das nicht, es sei denn beim Tsunami. Einen Tsunami wollen wir nicht. Da liegt das Problem.

Liegt das Problem beim Mittelstand? Nein! Mittelstand ist gewissermaßen »vernünftig«. Das haben die Linken zumeist nicht verstanden, oft überhaupt nicht, in der DDR mit Zeitverzug. Vernünftig war die Frage: Was alles gehört zum Mittelstand? Was kann werden, wenn ein mittelständisches Unternehmer immer größer wird? Immer größer? Schon Goethe schrieb in seinem Hauptwerk »Faust«: »Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage.« Daran hat auch Prof. Dr. jur. Helmut Rittstiege gedacht, als er schrieb, vieles, was als »Eigentum« bezeichnet wird, müßte »außer Eigentum gesetzt« werden.

Sogar den Vätern des Grundgesetzes GG war dieser Gedanke nicht völlig fremd. Sogar die CDU hatte einst in ihrem »Ahlener Programm« solche Gedanken aufgeschrieben. Deshalb gibt es im GG den Artikel 15, und diesem

ist in Klammern die Überschrift beigelegt »Vergesellschaftung«. Diesen Artikel wollen wir uns in zwei Schritten zu Gemüte führen:

»Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz ... in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden ...« Donnerwetter! Das zähle ich zur Substanz des Grundgesetzes GG. Die Substanz möchte ich bewahrt wissen!

Aber ich habe Artikel 15 noch nicht vollständig zitiert. Wo ich nur Punkte gesetzt habe, ist im Original die Rede von Entschädigung. Bittesehr. Auch über Entschädigung könnte man verhandeln, vor allem darüber: Wo und wann ist Entschädigung gerecht, wo und wann wäre sie ungerecht? Auch Marx und Engels haben diesen Gedanken erwogen. Also möge gerechte Entschädigung zur Substanz des Grundgesetzes GG gezählt werden.

Doch wenn der Staat an Entschädigung denkt, dann muß er zuvor jeden prüfen, der Entschädigung haben will: War es tatsächlich sein Eigentum? Wieso? Inwiefern? Und wenn er trotzdem auf seinen Titel pocht: Hat er die Entschädigung nicht schon vorab eingekassiert und auf seinen Konten buchen lassen? Hat er Steuern gezahlt? Hat er andere übers Ohr gehauen? Hat er anständige Löhne gezahlt? Und was ist gar mit den großen Banken? Sie genießen niedrige Zinsen der Staatsbank und reichen das Geld weiter mit hohen Zinsen. Haben sie mittelständische Anleger falsch beraten? Haben sie Anleger über das Risiko getäuscht? Und wenn sie sich gar selber verzoxt haben, vom Staat aber mit Steuergeldern gerettet werden wollen? Was dann?

Ja was dann? Was haben sich Parteien mit Nummernschildern wie CDU und SPD ausgedacht? Gehört auch das noch zur Substanz des Grundgesetzes GG?

(Fortsetzung folgt)

Manch einer, der vor 25 Jahren sich glücklich fühlte, endlich eine »Fahrkarte« für den »goldenen« Westen zu haben, mußte wenig später feststellen, daß es nur die »Arschkarte« war.

Täglich schwirren überall solche Begriffe herum, wie »Wirtschaft ankurbeln«, »Wettbewerbsfähig bleiben«, »Investoren anlocken«, »Europa stark machen«.

Da fragt sich die rote Oma: Für was soll das alles gut sein?

Es wird produziert »auf Teufel komm raus«. Dafür Werbung auf allen Kanälen und in allen Medien. Doch was fehlt, ist die Kaufkraft. Zu-

Das meint die rote Oma:

Fernseher aus und Gehirn an

mindest bei einem Großteil der Bevölkerung! Wettbewerbsfähig sind wir doch mittlerweile längst geworden, indem wir, besonders mit Waffenexporten, andere Länder überfordern.

Investoren können sich bei uns doch richtig »austummeln«. Was könnten wir noch mehr bieten außer Millionen Arbeitslose, Leiharbeiter, befristet Arbeitende, Ein-Euro-Jobber, Arbeit mit Hungerlöhnen und so genannte Auf-

stocker? Zu allem noch eine relativ »zahme« Gewerkschaft und das Fehlen von Arbeitsgesetzbüchern. Unter solchen Bedingungen kann man das »große Geld« arbeiten lassen! Für ein »starkes Europa« sorgt schon die deutsche Rüstungsindustrie.

Schaltet Euer Gehirn an und den Fernseher mit dem ganzen Werbemüll aus.

ELISABETH MONSIEG

Neues aus dem benachbarten Freistaat:

Die Wettiner wollen ans Eingemachte...

Als sie sich, zunächst handzahn und nach allen Seiten freundlich grüßend, aus der Vertriebenheit zurückeskortieren ließen ins Land ihrer Väter und deren Mätressen, drückte der eine und andere Sachse ein paar Freudentränen ab. Uraltbürger mobilisierten sich und gruben mumifizierte Prachtbanner aus, um der Wiederkehr der Herrschaften zu huldigen. Die Medien, allen voran BILD und der freistaatsstreu MDR, rangelten um den attraktivsten Platz im Enddarm derer, die in zwei verfeindeten »Linien«, aber ununterscheidbar in ihren Ansprüchen, ins Sachsenland eingefallen waren, um – wie sich bald herausstellte – Kasse zu machen.

Die Nobilitäten aus dem Hause Wettin zückten ein paar Monate nach ihrer Rückkehr eine endlose Liste mit Rückgabeforderungen, Gemälde, Schmuck, Prunkwaffen und edelstes Porzellan betreffend – allesamt Kunstobjekte aus den staatlichen Museen, das Grüne Gewölbe eingeschlossen. Daß die saubere Konsortenschaft schon anno 1918 fürstlich entschädigt worden war und »eigentlich« jedwedes Recht auf Nachschlag verloren hatte, spielte in den langen Gerichtsverhandlungen nur eine sekundäre Rolle, und mit einigen Tricks hochbezahlter Winkeladvokaten erreichten die Spätlinge August des Starken tatsächlich, daß ihnen einige hundert Kostbarkeiten zugesprochen wurden. Die Stück für Stück nur wenig später in einem berühmten Londoner Auktionshaus unter den Hammer kamen ...

Ein feines Beispiel für die Heimatverbundenheit der adligen Kanaillen.

Schon damals, mehr als ein Dutzend Jahre her, regten sich im Volk der Sachsen kritische Geister, und es wurden – vereinzelt – Stimmen laut, die nach der moralischen Legitimation der Museumsplünderie fragten. Und daran erinnerten, daß es die abgepreßten Steuergroschen der Freiburger Knappen, der Lausitzer Bauern und der Dresdner Handwerker waren, die es dem protzigen August ermöglichten, europaweit auf Kunstanschaffe zu gehen. Das Echo auf die Denkanstöße der Aufbegehrenden hielt sich allerdings in Grenzen, und die Granden der Regierungspartei zierten sich bei allen möglichen und unmöglichen Anlässen nach wie vor mit »Ehrengästen« aus dem Wettinerclan. Weder beim Opernball, bei dem sich alljährlich die Dresdner Schickleria selbst feiert, noch auf den Konvents der Christdemokraten fehlen Abgesandte der edlen Raffkes, von de-

nen einige sogar mit hohen sächsischen Orden dekoriert worden sind.

Neuerdings jedoch scheint es, als hätten sich die Winde gedreht. Und zwar zuungunsten der »Royals« und von unten auf. Der alten Gaunerdevise folgend, daß dort, wo ein erster Coup erfolgreich war, auch ein zweites Mal was zu holen ist, präsentierten die aristokratischen Geier einen aktuellen Forderungskatalog, der sage und schreibe 10.000 Einzelpositionen umfaßt. Noch ist die Sixtinische Madonna nicht unter den aufgeführten Kunstobjekten, doch ist zu befürchten, daß sich das von Rückgabeantrag zu Rückgabeantrag ändern könnte.

Nun nicht, daß die lieben Sachsen mit Dreschflegeln und Mistgabeln unter ketzerischen Parolen vor die Behausungen der Edelleute gezogen wären – der Bauernkrieg ist lange vorbei, und keiner will den Gierschlünden an Leib und Leben. Aber wer wachen Auges die Leserbriefe in der Lokalpresse liest und offenen Ohrs durch die Straßen geht, wird mit Äußerungen konfrontiert, die das Ende sächsischer Gemütlichkeit belegen.

Das reicht von einer Anfrage, ob man die Wettiner nicht als unerwünschte Personen einfach rausschmeißen könne, über handfeste, aber verständliche Beschimpfungen bis zu verbittert vorgetragenen Erkenntnis, daß in der DDR zwar viel »Mist gebaut« worden sei, aber die »Verjagung des Gesocks« gehöre zu den »wenigen positiven Leistungen«.

Ein Leser schloß seinen empörten Brief mit der rhetorischen Frage: »Wo leben wir denn eigentlich?«

Eins ist sicher – nicht mehr im Mittelalter. Was den Wettinern wohl noch begreiflich gemacht werden muß.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Eberswalder Neujahrsempfang gut besucht

Eberswalde (cz). Das Jahr 2014 beginnt, wie das Jahr 2013 endete – mit einem Besucherrekord. Nach dem Ansturm zum Weihnachtsmarkt im Brandenburgischen Viertel konnte zum Eberswalder Neujahrsempfang ein weiteres Besucherhoch vermeldet werden. 2.500 Gäste konnte Bürgermeister Friedhelm Boginski am 11. Januar in der Feuerwache in der Eberswalder Straße begrüßen.

Viele Besucher kamen aus den Ortsteilen Brandenburgisches Viertel und Finow. Wie alle anderen waren sie begeistert von den kreativen Programmaktivitäten der Kameraden der



Eberswalder Feuerwehren, den Freiwilligen wie auch der Berufsfeuerwehr unter Stadtbrandrat Nikolaus Meier.

Vor 70 Jahren:

Blockade gesprengt

Am 27. Januar 1944 gelang es den sowjetischen Truppen, den Blockadering um Leningrad endgültig zu sprengen. Leningrad war frei. Nach 900 Tagen Blockade.

Am 8. September 1941 hatten die Angriffsspitzen der faschistischen Wehrmacht den Ladogasee und die Stadtgrenzen von Leningrad (heute Sankt Petersburg) erreicht und damit die Stadt des »Roten Oktober« vom Hinterland abgeschnitten (BBP 10/2011).

Die Menschen in Leningrad hatten alles unternommen, um die faschistischen Banden aufzuhalten. Auf Befehl Hitlers und nach der Propaganda in ganz Deutschland sollte die zweitgrößte Stadt der Sowjetunion dem Erdboden gleich gemacht werden. Es war die ach so ritterliche Wehrmacht, die daran ging, diese verbrecherische Aufgabe umzusetzen.

Als die Blockade begann, befanden sich noch vier Millionen Zivilisten in der Stadt. Vor allem der Winter 1941/42 war für die Leningrader eine qualvolle Zeit. Die alten Menschen, die nicht in der Produktion tätig waren, bekamen nur 125 Gramm Brot täglich. Es war alles rationiert. Die faschistische deutsche Wehrmacht wollte die Bevölkerung Leningrads aushungern. Das Massensterben der Bevölkerung war gewollt. Deshalb ist es auch kein Wunder, wenn jeder deutsche Soldat als ein Faschist und Verbrecher angesehen wurde.

Etwa 1,1 Millionen zivile Einwohner starben während der Blockade in der Stadt, meist durch Hunger und Entkräftung. Im Winter 1941/42 fast 100.000 je Monat.

Bei der Verteidigung und den Befreiungsversuchen, die 1941/42 mißlangen und erst im Januar 1943 einen schmalen Landkorridor öffneten, bevor im Januar 1944 der Blockadering endgültig gesprengt wurde, fielen eine halbe Million Rotarmisten. Die hohen Opferzahlen der Roten Armee haben auch damit zu tun, daß die faschistische Wehrmacht Kriegsgefangene einfach verhungern ließ.

Diese Verbrechen – im Namen Deutschlands verübt – können wir nicht wieder gut machen. Es kann nur eines gelten: Nie wieder!

Tun wir alles gegen den Krieg!

NORBERT GLASKE

Gratulation für die ROTE OMA

Liebe Elisabeth Monsig, am 1. Januar 2014 konntest Du Deinen

90. Geburtstag

feiern. Dazu übermitteln wir Dir auf diesem Weg unsere herzlichsten Glückwünsche. Dein Mut, Deine Erfahrungen und Deine Gedanken helfen uns und machen uns Mut. Bleib so wie Du bist!

Wir freuen uns auf Deinen 100. und vor allem auf die Zeit mit Dir bis dahin.

NORBERT GLASKE, DKP Barnim

Wandertips

von BERND MÜLLER

Ein Film aus alten Zeiten

Die Altkreise Eberswalde und Bad Freienwalde vor 22 Jahren (Film)

19. Januar, Sonntag

Gezeigt wird ein Film aus dem Jahre 1992 aus Sicht der Bahnstrecken. Eine Anmeldung unter 03344/333200 ist auf Grund begrenzter Plätze unbedingt erforderlich. Kaffee und Kuchen werden serviert.

Treff: 15.00 Uhr NaturFreunde, Danckelmannstr. 28, 16259 Bad Freienwalde, Austrittsspende.

Zu den Sternebecker Sümpfen

4 km Wanderung nördlich von Sternebeck

26. Januar, Sonntag

Altförster Gottfried Lehmann führt uns durch Waldsumpfgebiet vorbei an zwei Seen. Auf den Waldwegen entlang der Bahnstrecke sehen wir den Wasserturm, der uns das Ziel der Wanderung anzeigt, den Bahnhof Sternebeck. Dort kann das Museum besichtigt werden.

Treff: 13.30 Uhr Am Bahnhof 4, 15345 Sternebeck

Die Hellmühle am Hellsee

1. Februar, Sonnabend

Geführt von Gerda Schmidt (NF Hellmühle) geht es auf eine schöne Wanderung zur Ulli-Schmidt-Hütte. Dort erwartet die Teilnehmer ein Lagerfeuer mit Kaffee, Kuchen, Gegrilltem und Getränken. Ansprechpartner ist die NaturFreundin Gerda Schmidt von der OG Hellmühle, Tel. 03337/3379

Treff: 9.30 Uhr Markteiche, Am Markt 1, 16359 Biesenthal. Die Gebühr für das Wanderschwein beträgt: Erwachsene 2,00 Euro, Kinder 1 Euro, NaturFreunde Kostenfrei

Blick auf Bad Freienwalde

Durch die Cosa Riviera zum Monte Caprino

9. Februar, Sonntag

Die 6 km Wanderung führt am Papenteich vorbei durch die Cosa Riviera auf den Monte Caprino, auch Ziegenberg genannt. Hier Besichtigung des Kriegerdenkmals. Weiter geht es auf interessantem Rundweg um den Monte Caprino, wo man Bad Freienwalde aus verschiedensten Perspektiven von oben kennenlernen kann. Auf den Pfaden von Bäcker Heide geht es weiter zur nördlichsten Skischanze Deutschlands, wo man einen herrlichen Blick ins Tal hat. An alten Buchen vorbei finden wir zum Moorbad zurück.

Wanderleiterin Corinna Gerber.

Treff: 13.30 Uhr Kurmittelhaus, Gesundbrunnenstr. 33, 16259 Bad Freienwalde

Wir bitten um Anmeldung unter 03344/333200 oder wandermueller@aol.com.
Wenn nicht anders angegeben werden folgende Gebühren erhoben: Erwachsene 2,20 Euro, ermäßigt Kinder, NaturFreunde und Freienwalder Kurkarteninhaber 1,10 Euro, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Wer sind die Stärksten?

Am 8. Dezember hieß es in der Sporthalle des SV Motor Eberswalde an der Potsdamer Allee wieder »Wer wird stärkster Eberswalder?« Rund 50 Zuschauer begleiteten den Wettkampf, an dem sich 20 Athleten, darunter 4 Frauen, beteiligten.



Gemessen wurde in der Disziplin Bankdrücken, wo es gilt, aus der Rückenlage heraus die Gewichtsheberhandeln in die Höhe zu drücken. Um die Ergebnisse der einzelnen Athleten vergleichen zu können, wird aus dem Körpergewicht und dem gehobenen Gewicht eine Punktzahl errechnet.

Alle in den Schatten stellte die stärkste Eberswalderin Mareen Wendlandt, die als jugendliches Leichtgewicht alle ihre älteren und Konkurrentinnen deutlich distanzierte. Die Sportlerin des Jahres 2013, Vizeweltmeisterin und Vizeeuropameisterin im Kraftdreikampf, stemmte 65 Kilogramm Eisen in die Höhe, wofür ihr 76,59 Punkte gutgeschrieben wurden. Ihr folgten Anastasia Engel mit 58,91 Punkten (50 kg) und Kerstin Friese mit 56,93 Punkten (55 kg). Den Gesamtsieg bei den Männern errang der Vizeeuropameister im

Kraftdreikampf Peer Hänsticke, der für seine 195 gestemmt Kilogramm 117,12 Punkte bekam. Zweiter wurde der gut 30 Kilo leichtere Raik Günterberg mit 109,35 Punkten (150 kg) vor dem Junioren Bert Taßler mit 88,61 Punkten (130 kg).

Der mit 14 Jahren jüngste Starter Marcus Wettke erreichte Platz 16. Senior Horst Lorenz schaffte mit seinen 73 Jahren immerhin 75,18 Punkte (107,5 kg), was für den Gesamtplatz 10 reichte.

Im Dezember 2014 wird es eine Neuauflage des »Stärksten Eberswalders« geben. Der SV Motor hofft dann auf eine größere Beteiligung, vor allem bei den weiblichen Startern. Vielleicht gibt es dann auch vorab ein paar mehr Informationen als diesmal, damit auch mehr Zuschauer den Weg in die Motor-Halle finden.

KLAUS BARGLOW

Britz testet Solarleuchten

Britz/Finowfurt (beg). Nach der Gemeinde Schorfheide testet nun auch Britz in der neu ausgebauten Kurzen Straße zwei Solarlampen. Ein Jahr lang, bis Oktober 2014, dürfen die Leuchten zeigen, was sie können. Bisher sind die Meinungen der Anwohner durchweg positiv, so André Guse, Bürgermeister von Britz. Im Jahr 2014 steht die Erneuerung der 650 m langen Friedrichstraße an. Je nach Testergebnis erfährt die Straße möglicherweise »solare Erleuchtung«.

Im Mai 2013 hatte die Gemeinde Schorfheide am Flößerplatz im Ortsteil Finowfurt eine erste Testlampe installiert. Durch Verwendung eines Krinner-Schraubfundamentes und den Wegfall der sonst notwendigen Erd- und Kabelarbeiten konnte die Leuchte in nur zwei Stunden aufgestellt werden.

Die Solar-LED-Straßenleuchte erfüllt alle relevanten Vorschriften, durch Lichtlenkung erzeugt sie keine »Lichtverschmutzung«, sie ermöglicht ein besseres, farbgerechtes Nachtsehen. Die senkrechten »Solarfänger« garantieren eine maximale Lichtausbeute, weil sich kein Schnee und Schmutz ablagern kann.

Die höheren Kosten dürften sich vor allem an Stellen lohnen, wo bei Installation herkömmlicher Lampen neue Stromanschlüsse verlegt werden müßten. Die Haltbarkeit des HELLA-Leuchtkopfes ist mit ca. 50.000 Stunden angegeben. Das ermöglicht einen Betrieb von mindestens zwölf Jahren ohne Auswechslung. Der leistungsfähige Akku gewährt ohne Nachladung 68 Stunden (etwa 5 Nächte) volle Beleuchtungssicherheit. Errichtet wurden die Leuchten von der Firma LKS Eberswalde.

Bürgerpost-Autoren 2013

Auch in diesem Jahr möchten sich die Redaktion und der Verein der »Barnimer Bürgerpost« recht herzlich bei den insgesamt 113 Autorinnen und Autoren bedanken, die sich an der inhaltlichen Gestaltung der zwölf BBP-Ausgaben des Jahres 2013 beteiligt haben (2012: 116, 2011: 97, 2010: 98).

Wir danken: Frank Adler, Dr. Siegfried Adler, Dr. Wolfgang Albers, Gisbert Amm, Tobias Arbing, Annalena Baerbock, Cornelia Behm, Andreas Bergener, Ivonne Berndt, Kurt Berus, Gregor Beyer, Karl-Heinz Blättermann, Richard Bloch, Stefan Böhmer, H.-J. Bontrup, Helmut Braunschweig, Veronika Brodmann, Hans-Jürgen Bull, Dr. Nico Conrad, Karl Dietz, Dora Duhn, Britta Duille, Tobias Emmerich, Dr. Dagmar Enkelmann, Horst Ewald, Monika Friedrich, Ingo Frost, Daniel Fuchs, Dieter Gadischke, Thomas Gilles, Norbert Glaske, René Gloede, Friedrich Grams, Jürgen Gramzow, Anita Hänel, Waldemar Hickel, Martin Hoeck, Andrea Hoehne, Petra Honig, Kai Jahns, Anke Jonas, Lena Judick, Ralf Kaiser, Thorsten Kleinteich, Dr. Klaus-Peter Kober, Dr. Helmut Koch, Gisela Koch, Ute Krakau, Daniela Krebs, Anja Kroll, Karl-Dietrich Laffin, Günter Landmann, Hartmut Lindner, Dr. Michael Luthardt, Stefan Lux, Margitta Mächtig, Johannes Madeja, Silke Markmann, Annemarie Markmann, M. Massarrat, Christian Mätzkow, Jürgen Klaus Meißner, Bärbel Mierau, Elisabeth Monsig, Robin Mühlberg, Bernd Müller, Udo Muszinski, Annette Neumann, Michael Otto, Cindy Panzer, Dr. Steffen Peltsch, Prof. Dr. Jürgen Peters, Dr. Manfred Pfaff, Mathilde Pietzner, Ulla Pingel, Dr. Ulrich Pofahl, Dr. Martin Pohlmann, Bernd Pomraenke, Christian Rehmer, Andreas Reichling, Alexa Reimann, Rolf Richter, Dr. Günther Riedel, Elke Rosch, Dr. Schäfer, Christine Schink, Marina & Norbert Schlaak, Katja Schmidt, Philipp Schöning, Elisabeth Schroedter, Manfred Schwarz, Christel Simon, Thomas Sohn, Dr. Günther Spangenberg, Dr. Andreas Steiner, Sabine Stüber, Dr. Rainer Thiel, Andreas Timm, Albrecht Triller, Antje Uhlig, Peter Vida, Klaus Weber, Heinz Weinhausen, Anneliese Wolf, Mirko Wolgramm, Jenny Wöpel, Thomas Wöbeng, Ringo Wrase, Fabian Wulf, Frauke Zelt, Kordula Zimmermann und Carsten Zinn.

Im Jahr 2013 sind einschließlich der redaktionellen Beiträge insgesamt 563 Artikel in der »Barnimer Bürgerpost« erschienen.

Auf der Dankesliste ganz oben stehen die Kollegen der Digitaldruckerei Grill & Frank und natürlich unsere fleißigen Verteiler. Aus gesundheitlichen Gründen mußte Werner Böttcher, der allein gut 40 Abonnenten in der Eberswalder Altstadt betreut hatte, seine Tätigkeit einstellen. Er wohnt inzwischen in Wolgast. Werner gehörte seit Anbeginn zu den ganz Aktiven der BBP-Unterstützer. Herzliche Grüße nach Wolgast.

Mittlerweile erhält ein gutes Drittel unserer Abonnenten die »Bürgerpost« über den City-BriefBoten. Mit der Ablösung ehrenamtlichen Engagements durch professionelle Dienstleistungen steigen zwangsläufig die Kosten. Durch die Spenden unserer Förderabonnenten können wir das noch ausgleichen und nicht nur den normalen Abopreis unverändert beibehalten, sondern auch an unserem besonders preiswerten Sozialabo festhalten. Bitte helfen Sie mit, daß es dabei bleibt. Vielleicht durch einen Wechsel vom Normal- auf ein Förderabo.

Außer im Abonnement gibt es die »Barnimer Bürgerpost« in den Verkaufsstellen Globus Naturkost (Eisenbahnstr. 7), Buchhandlung Mahler (Eisenbahnstr. 2a), im Regionalladen »Krumme Gurke« (Ruhlaer Str. 1) und im Presseshop Bohtz & Neumann im Einkaufszentrum »Heidewald« (Brandenburgisches Viertel). Unsere »Expansion« nach Bernau im Jahr 2013 war leider nur von kurzer Dauer, da der »Höfeladen Peters« sein Geschäft im September aufgegeben hat. Aber vielleicht ergibt sich im neuen Jahr eine neue Chance in Bernau.

Eine solche sollten Sie, liebe Leserinnen und Leser, auch Ihren Freunden, Bekannten und Nachbarn geben. Einfach indem Sie sie für ein Abo der »Barnimer Bürgerpost« überzeugen und so vielleicht auch neue Autoren gewinnen. Denn einem wird die »Barnimer Bürgerpost« auf jeden Fall treu bleiben, dem Anspruch, Leserschaft zu sein. Wir wünschen Ihnen für das Jahr 2014 alles Gute.

Dr. MANFRED PFAFF,

Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.

GERD MARKMANN,

Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Nachmittagschlaf

Wo bin ich? Wer bin ich? Ich habe keine Ahnung. Langsam erwake ich aus meiner Dämmerung. Ich liege in einem Bett, aber wo? Bin ich noch im Studium in Dresden? Oder im Urlaub auf Mallorca? Oder ist das hier eine Gefängniszelle? Keine Ahnung.

Ach, die Gegenstände kenne ich doch irgendwoher: Das ist mein Stuhl, dort mein Kleiderschrank. Ist es morgens oder abends? Kein

Zeitgefühl. Das Licht scheint durch die Vorhänge. Es muß nachmittags sein. Ahhh – war das schön! So schön geschlafen! Meine Arme und Beine sind noch schwer wie Blei.

Noch mal runddrehen!

Und gleich gibts Kaffee. Schönen duftenden Kaffee! Und ein Stück Bienenstich wartet auch schon. Ach, ist das schön ...

JÜRGEN GRAMZOW

Publizistische Grundsätze der Barnimer Bürgerpost

Nach dem Brandenburgischen Landespressgesetz (BbgPG) § 4 (1) ist jede Zeitung verpflichtet, »die vom Verleger beziehungsweise Herausgeber schriftlich aufgestellten publizistischen Grundsätze ... regelmäßig, mindestens einmal jährlich, zu veröffentlichen«. Die folgenden Publizistischen Grundsätze der »Barnimer Bürgerpost« wurden auf der Mitgliederversammlung des Herausgebervereins am 25. März 1998 bestätigt:

1.

Ziel der publizistischen Tätigkeit der »Barnimer Bürgerpost« ist, aktiv an der Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Barnim mitzuwirken und deren aktive und demokratische Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben ... zu fördern. Angesprochen werden souveräne Bürgerinnen und Bürger, deren Selbstbestimmtheit und Selbstbewußtsein die »Barnimer Bürgerpost« ein Podium geben will.

2.

Der Inhalt der »Barnimer Bürgerpost« wird von ihren Leserinnen und Lesern bestimmt. Die Arbeit der ehrenamtlichen Redaktion beschränkt sich in der Hauptsache auf das Zusammenstellen der Beiträge.

Der Herausgeberverein garantiert die redaktionelle und inhaltliche Unabhängigkeit der Redaktion. Weder der Verein noch Dritte haben das Recht der inhaltlichen Steuerung, der kommerziellen Anpassung oder sprachlichen Direktive.

3.

Jeder namentlich gekennzeichnete Beitrag wird unzensuriert und ohne Kommentar veröffentlicht.

Grenzen werden allein vom zur Verfügung stehenden Platz gesetzt.

Keinen Raum in der »Barnimer Bürgerpost« haben rassistische, faschistische und gewaltverherrlichende Äußerungen.

4.

Die Berichterstattung insbesondere über die lokalen Geschehnisse, über die Entscheidungen und Sichtweisen in den kommunalen Parlamenten, erfolgt ohne besondere Rücksichten mit dem Anspruch, kritisch und frech (bei aller gebotenen Kritik aber auch fair) zu sein.

5.

Zum inhaltlichen Spektrum der »Barnimer Bürgerpost« gehören auch Beiträge zur Umwelt, zur Geschichte und Kultur.

Streifzüge

unsachlich wertlos jenseits

Erscheint 3x jährlich
PROBEHEFT GRATIS!

Margaretenstraße 71-73/23, A-1050 Wien | Email: redaktion@streifzuege.org | www.streifzuege.org

Fernseher für FFW

Eberswalde (prest-ew). Im Jahr 2013 haben sich die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren Eberswaldes erneut bei zahlreichen Einsätzen für das Gemeinwohl eingesetzt, Menschen gerettet und Brände gelöscht. Als kleines Dankeschön erhielten sie von Bürgermeister Friedhelm Boginski TV-Geräte.

Öffentliche Rentensprechstunde

Jeden 2. Mittwoch im Monat, 10 - 13 Uhr. Objekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde. Dr. Ruth Sommerfeld gibt Hilfestellung beim Lesen von Rentenbescheiden und Formulieren von Widersprüchen.

ANDREA HOEHNE, Volkssolidarität Barnim

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- ☐ zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- ☐ Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ☐ ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- ☐ Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende)
- ☐ Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: ☐ per Bankeinzug ☐ per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

- ☐ Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten)
- ☐ Ich möchte die Lesergruppe <https://www.facebook.com/groups/bbp.online/> nutzen
- ☐ Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

Neue Graffiti-Flächen?



Eberswalde (bbp). Für einige Sprühdosenbesitzer mag es so scheinen, als würden hier Flächen für neue künstlerische Gestaltungen vorbereitet. Sie dürften jedoch im Irrtum sein. Tatsächlich hatten die kürzlich beseitigten Schmierereien an der Heidewald-Sporthalle im Brandenburgischen Viertel mit Kunst auch wenig zu tun.

Graffiti ist Kunst. Aber Kunst kommt von Können – sagt man wohl nicht ohne Grund. Graffiti-Kunst wie an der REKI-Sporthalle oder an den Giebeln von TAG- und WHG-Häusern, wäre sicherlich auch an der Sporthalle »Heidewald« gern gesehen. Im Stadtsäckel ist dafür kein Etat vorgesehen. Vielleicht findet sich ein Sponsor, der das finanziert...

359 Asylbewerber

Eberswalde (bbp). Am 1. Dezember 2013 lebten insgesamt 359 Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge im Landkreis Barnim. Davon fanden 94 Personen in Althüttendorf Unterkunft, 6 in Joachimsthal, 151 in Eberswalde, 28 in Bernau, 2 in Biesenthal und 78 in Wandlitz.

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon/fax: (0 33 34) 35 65 42 / 25 92 10

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/> und [.../bbp-blog/](http://bbp-blog/)

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Gädicke (2), Gramzow (2), Lindner, Markmann (2), Mätzkow, Triller

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 9. Januar 2014

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 6. Februar 2014.